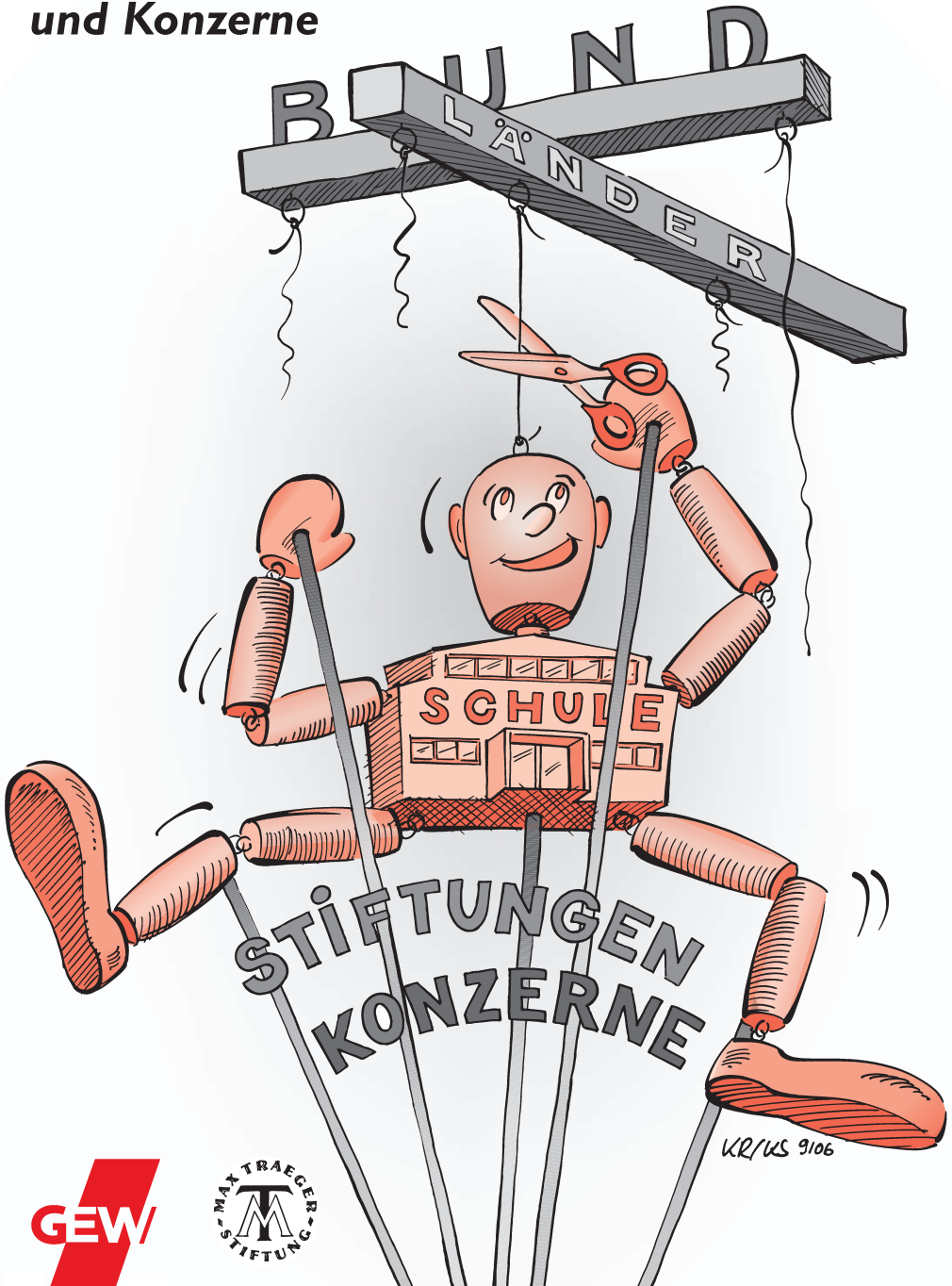


Privatisierungsreport – 2

Vom Durchmarsch der Stiftungen
und Konzerne



Impressum

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Hauptvorstand

Reifenberger Str. 21

60489 Frankfurt

Tel.: 069/78973-0

Fax: 069/78973-201

E-Mail: info@gew.de

www.gew.de

Verantwortlich: Marianne Demmer und Ulf Rödde

Redaktion: Ulf Rödde, Martina Schmerr, Stefanie Eßwein

Texte und Fotos: Matthais Holland-Letz

Illustrationen: Katja Rosenberg & Karsten Sporleder

Gestaltung und Satz: Jana Roth

Druck: Druckerei Leutheußner

ISBN-Nr. 3-930813-98-X

Oktober 2006



Privatisierungsreport – 2

Vom Durchmarsch der Stiftungen und Konzerne

Vorwort	4
Matthias Holland-Letz:	
<i>Dienerin der Gesellschaft oder Trojanisches Pferd der neoliberalen Privatisierer?</i>	
<i>Die zwei Gesichter der Bertelsmann-Stiftung</i>	8
<i>Warum Konzerne den Einsatz von Computern an Schule unterstützen</i>	
<i>Werbefeldzug von Intel, Microsoft, Telekom und Co.</i>	36
GEW-Links	52
GEW-Adressen	
Mitgliedsantrag	

Mit dieser Broschüre legt die GEW den zweiten Teil der Reihe „Privatisierungsreport“ vor. Die Reihe zeigt Facetten und Dimensionen von Privatisierung auf und möchte deutlich machen, dass die Grenzen zwischen Staat und Markt, zwischen Öffentlichem und Privatem, zwischen neutralem Bildungsauftrag und privatwirtschaftlicher Indienstnahme fließender und löchriger sind, als es auf den ersten Blick scheint.

Mit den Themen Werbung und Sponsoring, Partnerschaften zwischen Schulen und Unternehmen sowie Elternbeiträge haben wir in unserer ersten Broschüre einige sehr greifbare Privatisierungstendenzen im Schulwesen beleuchtet. So etwa die Verlagerung von Bildungskosten von der öffentlichen zur privaten Seite hin, die Kommerzialisierung von Schulen oder auch die Ausdehnung des privatwirtschaftlichen Einflusses auf Schule und Unterricht.

Das vorliegende Heft widmet sich dem Engagement von Stiftungen und Konzernen bei der Finanzierung und Gestaltung von Schule. Die Wirkungen dieses Engagements sind vor Ort nicht ganz so greifbar wie etwa Elternbeiträge oder Werbung in Schulen. Auch sind sie für die Beteiligten – zum Beispiel Schulleitungen, Lehrkräfte, Schülerinnen und Schülern oder auch Eltern – oft sehr positiv besetzt. Was lässt sich schon dagegen einwenden, wenn Konzerne wie Telekom oder Microsoft die Ausstattung der Schulen mit Computern ermöglichen oder Stiftungen innovative Projekte oder gar die Förderung von Benachteiligten voran bringen? Vor allem wenn klar ist, dass all dies aus den öffentlichen Haushalten nicht finanzierbar gewesen wäre. Wenn Stiftungen und Konzerne ihr Engagement begründen, ist von wirtschaftlichem Profit, unternehmerischem Kalkül oder politischen Interessen nichts zu vernehmen. Viele Stiftungen haben sogar einen explizit am Gemeinwohl orientierten Zweck. Dazu kommt: Viele Stiftungsprojekte haben ein hohes qualitatives Niveau. Angesichts dieser

„Pluspunkte“ ist es umso wichtiger, differenziert und genauer hinzuschauen, ob es Stiftungen wie Bertelsmann und Konzernen wie Microsoft wirklich ums Allgemeinwohl geht.

Der Beitrag „Dienerin der Gesellschaft oder Trojanisches Pferd der neoliberalen Privatisierer? Die zwei Gesichter der Bertelsmann-Stiftung“ trägt zusammen, wie Stiftungen – und speziell die Bertelsmann-Stiftung – sich im Schulwesen engagieren. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei dem von der Bertelsmann-Stiftung entwickelten Evaluationsverfahren SEIS. Die GEW-Landesverbände, in denen mit SEIS gearbeitet wird, kritisieren das Verfahren politisch und rechtlich. Das Projekt zeigt auch, dass die an der Schulevaluation beteiligten Firmen bereits jetzt, aber vor allem künftig viel Geld damit verdienen werden. Die Skepsis gegenüber Stiftungsaktivitäten steigt, wenn man diese in einen größeren Zusammenhang stellt: Die Gesamtorientierung der Stiftung, die Interessen und Geschäftsfelder des Bertelsmann-Konzerns wie auch Entwicklungen in England, die zeigen, wohin die Reise gehen könnte. Dienstleistungen im öffentlichen Sektor – zum Beispiel Evaluation, Beratung, Verwaltung – sind ein Zukunftsmarkt, der bereits seit einiger Zeit von verschiedenen Firmen, darunter auch ein Bertelsmann-Ableger, ins Visier genommen wird. Und Schulen gehören eindeutig zu diesem potenziellen Markt. Wenn der Bertelsmann-Konzern von der Privatisierung öffentlicher Einrichtungen profitiert, die Stiftung indessen mehr als drei Viertel der Aktien der Bertelsmann AG besitzt, fällt die Trennung zwischen „gemeinwohlorientierter Stiftung“ und „profitorientiertem Konzern“ nicht mehr so leicht. Dann sind Zweifel an den langfristigen Interessen der Bertelsmann-Stiftung im Schulbereich angesagt.

Das Kapitel „Warum Konzerne den Einsatz von Computern an Schulen unterstützen. Werbefeldzug von Intel, Microsoft, Telekom und Co.“ nimmt die Unternehmen unter die Lupe, die von der Compu-

terausstattung von Schulen profitieren. Auch diese Konzerne stellen ihr Engagement gerne als rein philanthropisch dar. Einfacher als bei Stiftungen lassen sich jedoch bei ihnen ökonomische Interessen identifizieren. Einige Motive liegen auf der Hand. Die Telekom AG mag ihr Image aufbessern wollen, Microsoft sichert sich Absatzmöglichkeiten und künftige Kunden, die Firma Intel sorgt im Rahmen ihrer Fortbildungen dafür, dass auch die letzten Lehrkräfte mit Microsoft-Produkten arbeiten und profitiert von den Unterrichtsentwürfen, die diese abzugeben verpflichtet sind. Diese Unternehmen zahlen zwar kräftig ein, sparen aber dadurch auch mächtig Steuern. Das Kapitel zeigt zudem weitere privatwirtschaftliche Vorteile auf, die sich auf Nebenschauplätzen ergeben: En passant wird der elternfinanzierte Schüler-Laptop zur unhinterfragten Selbstverständlichkeit – und die Sparkassen helfen gerne durch Kredite.

Angesichts dieser Ökonomisierungs- oder Kommerzialisierungstendenzen jedoch zu sagen „Stiftungen und Konzerne raus aus den Schulen“, greift zu kurz. Schulen, Lehrkräfte, Eltern – kaum jemand würde eine solche Forderung verstehen. Für mehr Gesundheit an öffentlichen Schulen zu sorgen, Migrantenkinder zu fördern, Schulen weiter entwickeln, Klassenräume technisch auszustatten, Lehrer am Computer fortzubilden – das alles sind respektable Projekte. Es sind aber zugleich Aufgaben des Staates, die der Daseinsvorsorge für alle Bürgerinnen und Bürger dienen. Um das Thema bewerten zu können, muss man sich fragen, warum Stiftungen und Konzerne mittlerweile eine derart große Rolle im Bildungswesen spielen. Die Politik hat haushaltspolitisch und ideologisch Türen aufgestoßen, durch welche die Privaten jetzt „durchmarschieren“. Oder Lücken gerissen, die diese jetzt füllen. Wie viel Raum und Verantwortung private Stiftungen und Konzerne im Schulwesen haben, ist stets eine Frage politischen Handelns, Entscheidens oder Nichtstuns. Nicht zuletzt auch eine Frage der Finanzierung öffentlicher Bildung.

Welches System von Bildungsfinanzierung und -verantwortung wollen wir? Die Antwort hierauf muss demokratisch ausgehandelt und politisch entschieden werden. Freilich ist auf politischer Ebene nicht dezidiert entschieden worden, öffentliche Schulen sollten privatisiert werden. Aber politische Stoßrichtungen, haushalts- und steuerpolitische Entscheidungen und der Einzug von Ökonomie und Effizienzdenken in allen gesellschaftlichen Bereichen haben in den letzten Jahren die Weichen gestellt für einen „sanften“ Rückzug öffentlicher Verantwortung und einen vermehrten privaten Anteil an der Gestaltung und Finanzierung öffentlicher Aufgaben.

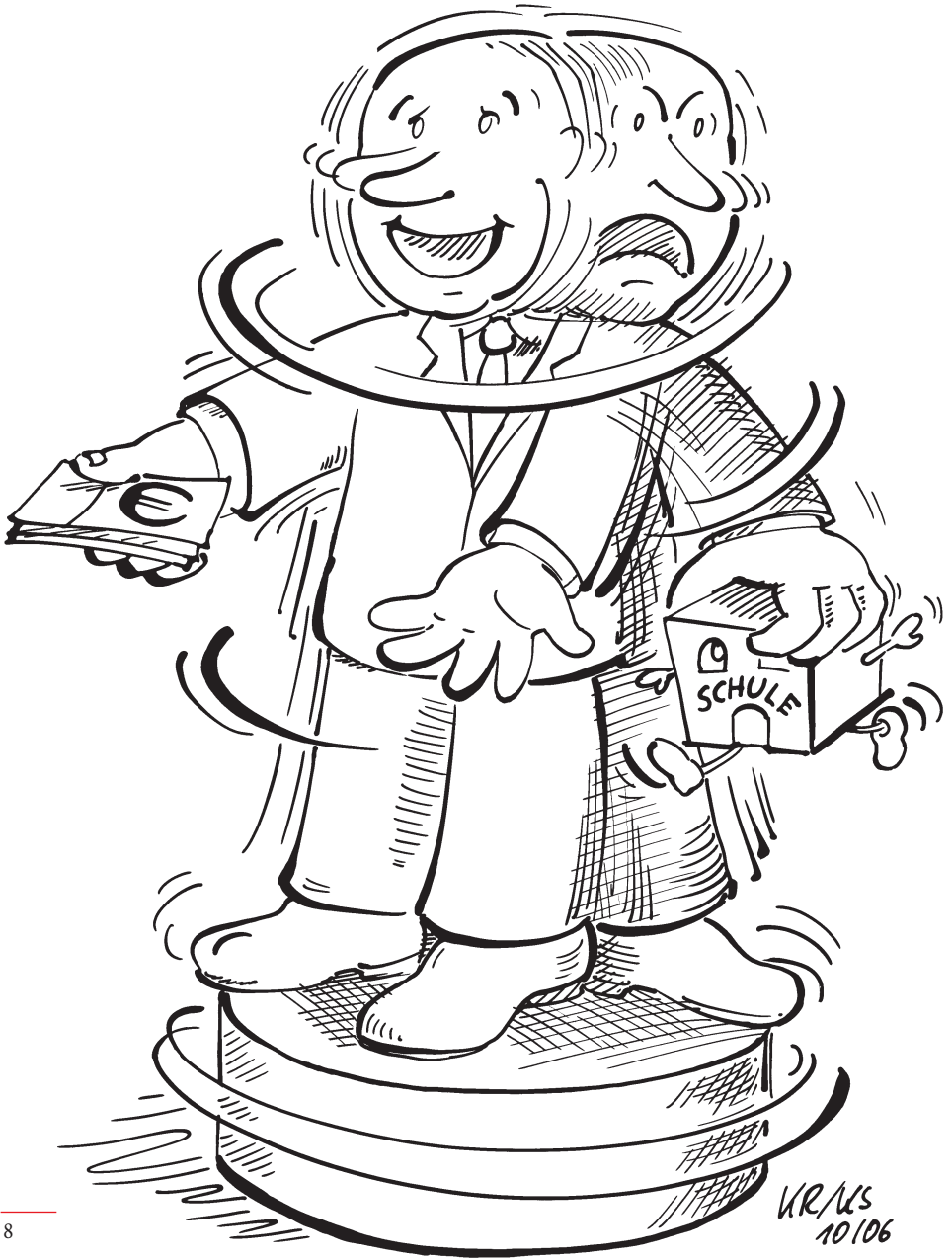
Diese Entwicklung gilt es zu beobachten, kritisch zu analysieren, zu bekämpfen. Aber freilich gilt es auch, die Interessen der Schulen und Kolleginnen und Kollegen zu vertreten, die längst Teil dieser Entwicklung sind und erwarten, dass ihre Gewerkschaft diese nach sozialen, demokratischen und gewerkschaftlichen Kriterien gestaltet, Grenzen aufzeigt, die nicht überschritten werden dürfen und Bedingungen formuliert, die nicht unterschritten werden dürfen.

Marianne Demmer und Martina Schmerr

Vorstandsbereich Schule des GEW-Hauptvorstands

**Dienerin der Gesellschaft oder Trojanisches Pferd der
neoliberalen Privatisierer?**

Die zwei Gesichter der Bertelsmann- Stiftung



Die Bertelsmann-Stiftung finanziert Projekte, die Staat und Schulwesen modernisieren sollen. Sie genießt einen guten Ruf und stößt auf breite Unterstützung – auch aus Teilen der Gewerkschaften. Doch geht es der Stiftung des Gütersloher Weltkonzerns wirklich ums Allgemeinwohl? Wer die Puzzle-Teile aus dem Hause Bertelsmann zu einem Gesamtbild fügt, dem entstehen Zweifel.

Claudia Langer ist auf die Bertelsmann-Stiftung gut zu sprechen. Der „Blick über den Zaun“ war „anregend und inspirierend“, erinnert sich die 59-Jährige Schulleiterin im westfälischen Bünde. Als Vertreterin ihres Gymnasiums hatte sie Gelegenheit, Schulen in Bayern, Niedersachsen, Hessen und Kanada zu besuchen. Der Erfahrungsaustausch wurde möglich durch das „Internationale Netzwerk innovativer Schulsysteme“ (INIS), einem Projekt der Bertelsmann-Stiftung. INIS hatte zum Ziel, die Qualität der Schulen zu verbessern. Von 2001 bis 2004 arbeiteten hier 41 Schulen zusammen. Neben der Schule Claudia Langers, dem Freiherr-von-Stein-Gymnasium (FvSG) in Bünde, zählten Bildungseinrichtungen aus Norwegen, Neuseeland und den Niederlanden zum Netzwerk. „Für ein Länderministerium“ wäre ein Modellvorhaben wie INIS „nicht finanzierbar“, urteilt Schulleiterin Langer.

Die gemeinnützige Bertelsmann-Stiftung mit Sitz in Gütersloh zählt zu den größten Deutschlands. Rund 310 Menschen, zwei Drittel davon Frauen, arbeiten hier. Im Kuratorium, dem Beratungs- und Kontrollorgan der Stiftung, sitzen Wirtschaftsführer und Prominente. Darunter Werner Bauer (Nestle AG), Hubertus Erlen (Schering AG), Wulf Bernotat (E.ON AG), Klaus-Peter Sieglösch (ZDF) und Rita Süsmuth (Ex-Bundestagspräsidentin). Die Gütersloher Stiftung besaß im Jahr 2004 ein Vermögen von 766 Millionen Euro¹. Sie finanziert Vorhaben wie „Aktion Demographischer Wandel“ oder „Unternehmenskulturen in globaler Interaktion“. Sie kümmert sich um Gesundheit und Internationale Verständigung. Sie fördert junge Opernsängerin-

nen und organisiert Kulturforen in Peking oder Neu Delhi. Im Jahr 2005 investierten die Gütersloher in rund 60 Projekte gut 42 Millionen Euro. Rund elf Millionen Euro davon flossen in den Bereich Bildung, einem der Arbeitsschwerpunkte. „Die Schule muss besser werden; das liegt in unser aller Interesse.“ So steht es im Jahresbericht 2005 der Stiftung.

Was Stiftungen an Schulen so alles fördern

Dass sich Stiftungen von Konzernen oder wohlhabenden Privatpersonen im Bildungswesen engagieren, ist kein Ausnahmefall. Beispiele gefällig?

- Die Robert-Bosch-Stiftung mit Sitz in Stuttgart, die reichste Stiftung Deutschlands (Vermögen im Jahr 2004: 5,1 Milliarden Euro). Sie gibt etwa Geld, wenn Schulen für bessere Ernährung in der Schulmensa sorgen, zusätzliche Bewegungszonen auf dem Schulhof schaffen oder ein Anti-Drogen-Programm auflegen. Seit 1996 investierte die Bosch-Stiftung über drei Millionen Euro in das Projekt „Gesunde Schule“.

- Die Gemeinnützige Hertie-Stiftung in Frankfurt am Main (Vermögen im Jahr 2005: 820 Millionen Euro). Sie beteiligt sich unter anderem am Programm „Deutsch & PC“. Dabei erhalten Migrantenkinder an derzeit 59 Grundschulen in Hessen Deutsch-Förderunterricht. Die Kurse werden durch moderne Lehrprogramme am PC unterstützt, so dass die Schüler gleichzeitig Medienkompetenz erwerben. Die Hertie-Stiftung stellt für „Deutsch & PC“ von 2001 bis 2008 rund zwei Millionen Euro bereit.

- Die Alfred-Krupp-von-Bohlen-und-Halbach-Stiftung in Essen (Vermögen im Jahr 2004: 583 Millionen Euro). Sie fördert, so heißt es auf ihrer Homepage, „insbesondere Schulen in Essen und

im Ruhrgebiet“. Im Jahr 2004 zeichnete die Krupp-Stiftung 14 Schulen aus, die laut Pressemitteilung „vorbildhafte Kooperationsvorhaben“ mit Unternehmen abgeschlossen haben. Dafür gab es pro Schule bis zu 2.500 Euro. Von 2001 bis 2004 förderte die Krupp-Stiftung Partnerschaften zwischen Schulen und Unternehmen mit 322.000 Euro. Derzeit bietet die Essener Stiftung Schüler-Stipendien für Betriebspraktika im Ausland.

- Die Deutsche-Telekom-Stiftung in Bonn (Vermögen im Jahr 2005: 100 Millionen Euro). Die im Jahr 2004 aus der Taufe gehobene Stiftung kümmert sich um Bildung, Forschung und Technologie. Sie verschenkt etwa Experimentierkästen für den Sachkunde-Unterricht („Klassenkisten“). Zudem unterstützt sie Schulen, um den Umgang mit neuen Medien voranzutreiben („Schule interaktiv“). Pro Jahr verfügt die Stiftung über ein Budget von rund zehn Millionen Euro.
- Um Schule und Bildung kümmern sich auch die Mercator-Stiftung, die Herbert-Quandt-Stiftung, die Deutsche-Bank-Stiftung, die Vodafone-Stiftung, die Alfred-Toepfer-Stiftung, die Körber-Stiftung oder die neugegründete Stiftung des Haribo-Unternehmers Hans Riegel.

Doch Experten sind sich einig: Keine dieser Einrichtungen hat so viel Einfluss auf die Bildungspolitik wie die Stiftung aus Gütersloh:

- Sie fördert die ökonomische Bildung an Schulen – und bietet eine entsprechende internetgestützte Weiterbildung für Lehrerinnen und Lehrer.
- Sie finanziert das Projekt „Musikalische Grundschule“ – und sorgt dafür, dass Musik durch mehr Lehrkräfte in mehr Fächern vermittelt wird.

-
- Sie unterstützt mit ihrem Projekt „Anschub.de“ den Ausbau der Gesundheitsförderung an Schulen und Kindertageseinrichtungen.
 - Sie stiftet in diesem Jahr einen Sachpreis in Höhe von 4.000 Euro für Kindertageseinrichtungen. Am Wettbewerb können sich Kitas beteiligen, die sozial benachteiligte Kinder in besonderem Maße fördern.
 - Sie finanziert das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE)². Das CHE sieht sich als „Reformwerkstatt für das deutsche Hochschulwesen“. Es wurde 1994 von der Bertelsmann-Stiftung und der Hochschulrektorenkonferenz aus der Taufe gehoben (siehe Kasten Seite 21).

Wenn der Staat sich zurückzieht

Doch wie kommt es, dass Stiftungen eine derart große Rolle spielen im Bildungsbereich? Für mehr Gesundheit an öffentlichen Schulen sorgen, Migranten-Kinder fördern, Schulen weiterentwickeln – ist all das nicht Sache des Staates? „Gesellschaftliche Aufgaben“, erklärt der Bundesverband Deutscher Stiftungen in Berlin, werden „zunehmend durch Stiftungen initiiert und getragen“. Wohl war. Und warum ist das so? Der Bundesverband Deutscher Stiftungen spricht von „den Finanznöten der öffentlichen Hand“. Die „Zivilgesellschaft“ sei deshalb „unverzichtbar geworden“, urteilt der Berliner Verband. Und Stiftungen, deren Gründung mit erheblichen Steuervorteilen verbunden ist,³ bilden einen gewichtigen Teil der „Zivilgesellschaft“.

**„Es ist ein Segen, dass uns das Geld ausgeht.
Anders kriegen wir das notwendige Umdenken
nicht in Gang.“⁴**

(Reinhard Mohn im Jahr 1996. Mohn war bis 1990 Vorstandsvorsitzender der Bertelsmann AG und ist Gründer der Bertelsmann-Stiftung.)

Selbständige Schule – das Vorzeigeprojekt der Bertelsmann-Stiftung

Große Wirkung erzielt die Bertelsmann-Stiftung vor allem mit ihrem Projekt Selbständige Schule.⁵ Das Vorhaben lief im Jahr 2002 in Nordrhein-Westfalen vom Stapel. Das Ziel lautet: Die Schulen sollen raus aus dem engen Korsett staatlicher Vorschriften und rein in die Selbstverantwortung. Wer sich am Projekt beteiligt, darf das Sitzenbleiben abschaffen, den 45-Minuten-Rhythmus verändern und klassenübergreifende Lerngruppen einführen. Statt Notengeben sind zudem neue Formen der Leistungsbewertung möglich. Und: Schulen dürfen Lehrerstellen in Geldmittel umwandeln. Auf diese Weise erhalten Hauptschulen, Gesamtschulen oder Gymnasien erstmals ein eigenes Budget. Damit haben sie auch die Möglichkeit, Sozialarbeiter, Handwerker, Computer-Spezialisten oder Künstler befristet einzustellen und in den Unterricht zu integrieren.

Erfahrungen am Freiherr-von-Stein-Gymnasium

Auch das Freiherr-von-Stein-Gymnasium (FvSG) in Bünde macht mit beim Projekt Selbständige Schule. „Die Schule erhält mehr Gestaltungsfreiheit“, lobt Schulleiterin Claudia Langer. Das Gymnasium nutzte unter anderem das eigene Budget. 1,2 Stellen konnten nicht besetzt werden, berichtet Langer. Dafür erhielt die Schule rund 60.000

Euro vom Land Nordrhein-Westfalen. „Wir haben die Mittel in unseren veralteten Physikraum gesteckt“, sagt Pädagogin Langer. Malerarbeiten, neuer Estrich, neue Energieversorgung – der betagte Hörsaal, angelegt für Frontalunterricht wie in Heinz Rühmanns „Feuerzangenbowle“, verwandelte sich in einen modernen Raum, in dem Schüler selbständig Experimente durchführen. Zudem habe man von der Freiheit profitiert, freie Stellen „schulscharf“ auszuschreiben, heißt es am FvSG. Nicht wie üblich die Bezirksregierung in Detmold entscheidet nun, wer zum Kollegium hinzustößt, sondern die Schule selbst. „Wir suchten Lehrer“, sagt Schulleiterin Langer, „die Erfahrungen mit dem Einsatz Neuer Medien im Unterricht hatten“.

Laut Bertelsmann-Stiftung finanziert das Land Nordrhein-Westfalen das Modellprojekt Selbständige Schule mit 1,5 Millionen Euro pro Jahr. Die Stiftung selbst übernimmt die organisatorische Leitung und zahlt 500.000 Euro pro Jahr.

Der Start des Projektes im Jahr 2002, in der Amtszeit der rot-grünen Landesregierung Nordrhein-Westfalens, fiel bescheiden aus. Gerade mal 278 Schulen machten mit. Vier Jahre später, nach dem Regierungswechsel in Düsseldorf, berichten Bertelsmann-Stiftung und die neue NRW-Schulministerin Barbara Sommer (CDU): Die Selbständige Schule habe „die hohen Erwartungen erfüllt“. Ab Schuljahr 2006/2007 wird das Modell landesweit auf alle Schulen übertragen. Auch das CDU-geführte Kultusministerium in Niedersachsen schloss inzwischen einen Vertrag mit der Bertelsmann-Stiftung. Der zielt darauf ab, ein ähnliches Schulprojekt wie in NRW einzuführen, die „Eigenverantwortliche Schule“.

Schulen messen die Qualität ihrer Arbeit

Ein wichtiges Merkmal der „selbständigen“ oder „eigenverantwortlichen“ Schulen ist die Selbst-Evaluation. Was heißt, dass Schulen

selbst messen und beurteilen, wie gut oder schlecht ihre Arbeit ist. Der Ansatz ist neu. Denn bis in die 90er Jahre konzentrierte sich die deutsche Bildungspolitik auf den Input. Also auf die Frage: was kommt rein in Schule und Unterricht? Doch dies „führte nicht zu den gewünschten Ergebnissen“, heißt es beim ländereigenen Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen mit Sitz in Berlin.⁶ PISA, IGLU und andere Studien enthüllten, wie schwach deutsche Schüler im internationalen Vergleich abschneiden. Der Output schulischer Aktivitäten rückte ins Blickfeld: Was kommt heraus, wenn Lehrerinnen und Lehrer unterrichten?

Um diese Frage zu beantworten, sind Fragebögen und Computer-Programme erforderlich. Die liegen inzwischen vor, entwickelt von verschiedenen Einrichtungen und Verbänden. Die Bertelsmann-Stiftung mischt auch hier ganz vorne mit – mit ihrem Mess-Instrument namens SEIS („Selbstevaluation an Schulen“).⁷ SEIS stützt sich „auf Befragungen von Schülern, Eltern, Lehrern und nicht-pädagogischen Mitarbeitern“, erläutert die Gütersloher Stiftung. Im Juni 2006 waren es bereits rund 1.300 Schulen in allen 16 Bundesländern, die SEIS einsetzen.

„Gewerkschaftliches Wissen“

Teile der Gewerkschaften unterstützen die Reformarbeit der Gütersloher. So beteiligte sich der DGB-Bezirk Nordrhein-Westfalen im Jahr 2002 am Modellvorhaben Selbständige Schule. Überlegung dabei: Wenn Entscheidungskompetenzen in die Schulen verlagert werden, kommen auf Lehrerinnen und Lehrer ganz neue Aufgaben zu. „Gewerkschaftliches Wissen“, erklärte der damalige nordrhein-westfälische DGB-Chef Walter Haas, „soll genutzt werden, um neue Formen der Mitbestimmung für die Schulen zu entwickeln“. Die GEW unterstützt zudem finanziell das Projekt „Anschub.de“, mit dem die Bertelsmann-Stiftung die Schulgesundheit fördert.

Die GEW-nahe Max-Traeger-Stiftung sitzt im Rahmen eines Modellvorhabens mit der Gütersloher Stiftung in einem Boot. Die Gütersloher Stiftung „ist ein Glücksfall für das deutsche Bildungssystem“, lobte im Jahr 2000 Dieter Wunder, der langjährige Vorsitzende der GEW.⁸

Niedersachsens GEW übt Kritik

Doch es gibt auch starke Vorbehalte gegen das Engagement der Gütersloher Stiftung. Der niedersächsische GEW-Landesverband etwa stellt sich gegen die Eigenverantwortliche Schule.⁹ Die Niedersachsen-GEW warnt, das Modell verursache eine Machtverschiebung: Die Position von Schulleiterinnen und Schulleitern wird gestärkt. Gleichzeitig müssen die Gesamtkonferenz der Schule sowie die Schulbehörden Einfluss abgeben. Außerdem ist vorgesehen, die Personalräte auf Schulbezirksebene abzuschaffen. Damit sei „die regionale Ausgewogenheit“ im Flächenland Niedersachsen in Gefahr. „Autoritäre Strukturen“ würden an den Schulen installiert.

Die Niedersachsen-GEW hält auch nichts davon, wenn Schulen fortan über ihr eigenes Budget bestimmen können. Das beseitige ja nicht die Finanznot der Schule. Wo aber Lehrerstellen in Geld umgewandelt werden, um Aushilfskräfte einzustellen, führe das zu „ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen“ und zu „Entprofessionalisierung“.

Auch an der geplanten Output-Steuerung lassen die niedersächsischen GEW-ler kein gutes Haar. „Schulinspektion, Bildungsstandards, Vergleichs- und Abschlussarbeiten“, so die GEW, „setzen Schulen zwangsläufig in Konkurrenz untereinander aus – ohne dass Umfeldbedingungen berücksichtigt werden“. Bildungseinrichtungen in sozialen Brennpunkten hätten das Nachsehen. Statt „pädagogischer Vielfalt“ drohe zudem ein „teaching to the tests“. Was heißt: Im Unterricht dreht sich alles um die nächsten Vergleichsarbeiten. Und vor

„Also Bezahlung auch notfalls unter Tarif?“ –

„Ja. Wir haben doch das Problem mangelnder Dienstleistungsarbeitsplätze in Deutschland. Warum können wir nicht so viel Freiheit wie die Amerikaner ertragen? Oder: Warum haben wir noch einen Kündigungsschutz, der längst nicht mehr sachgerecht ist?“¹⁰

(Reinhard Mohn im Jahr 1996)

allein: Das bloße Testen bringe noch keine besseren Ergebnisse. „Vom Wiegen wird die Sau nicht fett,“ formuliert es ein Gegner der Output-Steuerung.

Besonders suspekt sei, so die GEW-Aktiven in Niedersachsen, dass die Bertelsmann-Stiftung mit dem Evaluations-Instrument SEIS umfangreiche Rechte an die Hand bekomme. Der Landesverband kritisiert etwa, dass die Schulen die mit SEIS erhobenen Daten den Güterslohern „über den Projektzeitraum hinaus“ zur Verfügung stellen sollen. Die Stiftung dürfe diese Daten für interne Zwecke umfassend nutzen. „Ergebnisse, Zwischenergebnisse, Evaluationen, entwickelte Konzepte, Handbücher, Broschüren, Berichte für interne Zwecke, wissenschaftliche Untersuchungen“ – alles stehe der Gütersloher Stiftung zur Verfügung, so die Gewerkschaft.

„Die Amerikaner sind da wesentlich weiter. Die können genau sagen, welche Leistung was kostet. Und diese Messbarkeit und mehr Marktdenken in der Verwaltung haben dazu geführt, dass Behörden heute viel besser und leistungsfähiger sein können als früher.“¹¹

(Reinhard Mohn im Jahr 1996)

Auch in Baden-Württemberg, in den Regionen Freiburg und Ravensburg, engagiert sich die Bertelsmann-Stiftung. Auch hier geht es um die Anwendung von SEIS an Schulen. Und erneut hagelt es Kritik. Teile der baden-württembergischen GEW beanstanden zum einen die Verteilung der Kosten:¹² Die Bertelsmann-Stiftung investiert in das auf drei Jahre angelegte Projekt nach Gewerkschaftsangaben 700.000 Euro. Mehr als 1,4 Millionen Euro zahlen hingegen die beteiligten Kommunen und Regionen sowie die Landesstiftung Baden-Württemberg. „Bertelsmann lässt sich also die Erprobung und Anwendung von SEIS bezahlen“, kritisieren die süddeutschen GEWler. Die am Projekt beteiligten Schulen seien vertraglich verpflichtet, ausschließlich das Bertelsmann-Instrumentarium anzuwenden, schreibt zudem die GEW. „Selbst wenn sie bereits mit anderen Instrumentarien arbeiten.“

Bertelsmann-Stiftung weist Vorwürfe zurück

In einer ausführlichen Stellungnahme verteidigt die Gütersloher Stiftung hingegen das Projekt Selbständige/Eigenverantwortliche Schule. Sie begrüßt, dass der Schulleiter zusätzliche Kompetenzen erhält und zum „Dienstvorgesetzten“ wird. „Klare Führung und Führungsverantwortung sind wichtige Bedingungen für eine qualitätsorientierte Schulentwicklung“, schreiben die Schulexperten der Stiftung. Das schuleigene Budget verbessere zwar nicht die Finanzausstattung der

Schule. Doch könne die „Wirkung“ der knappen Gelder durch „Nutzung der Gestaltungsfreiräume gesteigert werden“. Die Output-Steuerung schaffe „die notwendige Transparenz des Handelns für alle Beteiligten“. Die Stiftung begrüßt zudem einen „möglichst fairen Wettbewerb zwischen vergleichbaren Schulen“. Ein Ranking lehnen die Gütersloher indes ab – „weil Schulen unbedingt in ihrem sozialräumlichen Kontext betrachtet werden müssen“. Ob und wie die Schule vorgegebene Standards einhält, ermittle das jeweilige Bundesland durch „eine wiederkehrende Prüfung“. Diese Prüfung sei das „Gegenstück“ zur vergrößerten Gestaltungsfreiheit der einzelnen Schule.

Zum Thema SEIS erklären die Gütersloher: Die erhobenen Daten werden der Bertelsmann-Stiftung lediglich „in anonymisierter Form“, aber „zeitlich unbeschränkt“, etwa für wissenschaftliche Untersuchungen überlassen. In Baden-Württemberg sind pro Schule 80 Euro zu zahlen, wenn die SEIS-Befragung online stattfindet, also Eltern, Schüler und Lehrer den Fragebogen am PC ausfüllen. Die 80 Euro fließen an die Kölner Multi-Media-Agentur denkwerk, die SEIS samt Analyse-System entwickelt hat.¹³ Deutlich teurer als 80 Euro wird es, wenn die Schule gedruckte Fragebögen ausgibt. Etwa deshalb, weil die Eltern keinen PC besitzen und zum Ausfüllen nicht in die Schule kommen möchten. Für das Drucken, Einscannen und Auswerten sind dann bis zu 650 Euro pro Schule fällig. Solange das Projekt läuft, trägt das Land Baden-Württemberg diese Kosten. Ab dem Jahr 2008 müssen die Schulen hingegen damit rechnen, die Kosten selber zu tragen, erklärt die Bertelsmann-Stiftung.

SEIS, Selbständige Schulen und das Geld

In ihrem Flugblatt von November 2005 nennt die GEW Baden-Württemberg einen weiteren Punkt, der ihr am Modellprojekt missfällt. Laut Vertragsentwurf sei die Bertelsmann-Stiftung „berechtigt, mit weiteren Partnern Kooperationen einzugehen“. Die Stiftung „bemüht

sich ... um die Einwerbung von Drittmitteln durch Sponsoren (Stiftungen, Unternehmen)“.

„Die Selbständige Schule wird intensiv mit Fragen der Finanzierung beschäftigt sein“¹⁴, warnte die Oldenburger Pädagogik-Professorin Hanna Kiper schon im Jahr 2002. Es kursieren bereits Vorschläge, so Kiper, wie Schulen eigene Einnahmen erwirtschaften könnten: „Durch Vermietung von Räumen, Verkauf von Dienstleistungen, Sponsoring, Schulgeld.“ In diesem System aber, betont die Hochschullehrerin, entwickeln sich alteingeführte Gymnasien mit finanzstarker Elternschaft anders als Hauptschulen in strukturschwachen Gebieten. „In reichen Schulen in privilegierten Wohnquartieren“, schreibt Hanna Kiper, werden sich „die besten Lehrkräfte und das meiste Geld“ sammeln. Für die Pädagogik-Professorin steht denn auch fest: „Die Selbständige Schule gibt die Idee auf, für alle Kinder und Jugendliche gleiche Bildungschancen durch vergleichbare Bedingungen herzustellen.“

Die Bertelsmann-Stiftung widerspricht der Einschätzung Kipers. Die Befürchtung der Pädagogik-Professorin „entspricht nicht den inzwischen vierjährigen Erfahrungen“ mit der Selbständigen Schule, heißt es in der Stellungnahme. „Zentraler Bestandteil“ des Projektes sei vielmehr das Anliegen, „für alle Kinder vergleichbare Bildungschancen zu sichern“.

„Wir alle werden erleben, dass unser Lebensstandard auch mal merklich zurückgeht.“¹⁵

(Reinhard Mohn im Jahr 1996)

Kritik am Centrum für Hochschulentwicklung

Gütersloh. Nur etwa ein Kilometer von der Zentrale der Bertelsmann-Stiftung residiert das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE). Die Denkfabrik, organisiert als gemeinnützige GmbH, verfügt über einen Jahresetat von rund 3,2 Millionen Euro. Der Betrag wird zu 75 Prozent von der Bertelsmann-Stiftung finanziert.¹⁶ Die rund 20 Mitarbeiter unter Führung des Betriebswirtschaftlers Detlef Müller-Böling beschäftigen sich mit Evaluation, Hochschulmarketing, Fundraising, Businesspläne für Hochschulen oder Hochschulsteuerung und Controlling. Das CHE organisiert Konferenzen, auf denen Unis aus dem In- und Ausland Erfahrungen und Daten austauschen.¹⁷ Es gibt Studien in Auftrag, um die Vereinheitlichung von Hochschulabschlüssen in Europa voranzubringen. Und vor allem: Die Gütersloher Reformwerkstatt hat maßgeblich dazu beigetragen, dass Hochschulpolitiker ihren Widerstand gegen die Einführung von Studiengebühren aufgaben.¹⁸ Anfang 2004 verkündete der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), man wolle nun Studiengebühren zulassen, den Wettbewerb unter den Hochschulen intensivieren und Elite-Universitäten aufbauen. Ein großer Erfolg für CHE-Chef Müller-Böling, der ganz im Sinne Reinhard Mohns „die Universitäten in erfolgsorientierte Organisationen verwandeln“ will, wie die Buch-Autoren Frank Böckelmann und Hersch Fischler schreiben. Ende Mai 2006 beschloss der Senat der Universität Köln, dass Erstsemester ab dem kommenden Wintersemester 500 Euro pro Semester zu zahlen haben. Alle anderen Kölner Studenten werden ab Sommersemester 2007 zur Kasse gebeten. Dem Beschluss gingen heftige Proteste von Kölner Studierenden voraus. So versuchten rund 400 von ihnen, einen Bus mit Senats-Mitgliedern zu blockieren, um die Abstimmung zu verhindern. Das berichtet der „Kölner Stadt-Anzeiger“ am 25. Mai 2006. Doch vergeblich. „Protest kann Studiengebühren nicht verhin-

dern“, schreibt das Kölner Blatt. Auch in anderen Universitäts-Städten, etwa in Frankfurt am Main und in Marburg, gingen Studierende gegen die Studiengebühren auf die Straße und legten den Verkehr lahm.¹⁹ Das Land Hessen hatte zuvor angekündigt, bis zu 1.500 Euro Gebühr im Monat zu verlangen. Derweil veröffentlichte das CHE seinen aktuellen „Studienkredit-Test“. „Es gibt inzwischen eine erstaunliche Breite und Vielfalt an interessanten Kreditmodellen“, urteilt CHE-Chef Müller-Böling. Er glaube darum nicht, „dass die Zahl der Studienanfänger wegen der Gebühren sinken wird“.

Massiver Druck auf die Unis geht derweil von den CHE-Hochschulrankings aus, berichten Böckelmann und Fischler. Jahr für Jahr misst das CHE die Leistungsfähigkeit der Universitäten. Das CHE-Ranking gilt inzwischen bundesweit als seriöser Maßstab. Und wehe, eine Hochschule fällt im Ranking ab. Dann, so die Befürchtung der Uni-Verantwortlichen, sinkt sogleich die Anziehungskraft auf Studenten, wissenschaftliche Mitarbeiter und Professoren.

Blick nach England

Output-Steuerung, regelmäßige Evaluation, Schulen, die ihr eigenes Geld verwalten, enge Zusammenarbeit mit Stiftungen und privaten Unternehmen – im englischen Schulsystem ist das schon lange Wirklichkeit. Und wie sieht es an englischen Schulen aus? Das fragte sich auch eine Gruppe des GEW-Landesvorstandes Hamburg. Sie fuhr im Februar 2006 nach Großbritannien, auf Einladung der beiden Lehrer-Gewerkschaften NUT (National Union of Teachers) und NASUWT (National Association of Schoolmasters - Union of Women Teachers).

Zunächst haben die GEW-Delegierten durchaus Positives zu erzählen.²⁰ „Erstaunlich“ sei in manchen Schulen die „extrem gute Ausstattung“.

„Gläserne Schulpaläste, gut ausgestattete Laborräume, viele vernetzte Computerarbeitsplätze, Beamer und interaktive Whiteboards in allen Klassenzimmern“, heißt es im Reisebericht. Und woher kommt das Geld? Die Hamburger Gewerkschafter nennen drei Quellen: Erstens der britische Staat, der den Schuletat auch in diesem Jahr kräftig aufstockte. Zweitens die Schulen selbst, die Geld aus dem Personalsektor abzweigen und in die Ausstattung der Schule investieren. Als dritte Finanzquelle, so erfahren die GEW-Delegierten, diene „der private Sektor“. Sponsoren zu finden, sei an englischen Schulen eine „Überlebensfrage“.

Wenn der Inspektor kommt

Beunruhigt berichten die GEW-ler zudem, wie die mächtige englische Behörde für Schulinspektion arbeitet, das Office for Standards in Education (Ofsted).²¹ Die Delegierten hatten schließlich vor Augen, dass auch in Hamburg Schulinspektionen vorgesehen sind.²² Die englischen Inspektoren verbreiten „Angst und Schrecken“, erfuhr Angelika Schlichting, Lehrerin für Englisch und Chemie und Mitglied der Reisedelegation. Falle die Schule wiederholt durch, drohe dem Schulleiter die Entlassung. In den Berichten der Inspektoren dürfen zwar keine Namen von Lehrerinnen und Lehrern genannt werden. Doch das nutze wenig, sagt Schlichting. „Wenn im Bericht steht, das Physiklabor entspricht nicht den Erfordernissen, ist die verantwortliche Person problemlos auszumachen“, erklärt die GEW-Frau. Schulen haben zudem keinerlei Rechte, die Aussagen der Inspektoren in Frage zu stellen. Und: „Hilfe oder Beratung zur Qualitätsverbesserung gibt Ofsted ausdrücklich nicht“, sagt Angelika Schlichting.

Ein Schwerpunkt der Inspektion sei die Selbstevaluation der Schule. Jede Aussage, die im Evaluationsbericht steht, müsse jederzeit belegbar sein. Die Gewerkschafter berichten von „Nebenräumen der Schulleitung, wo sich Schülerhefte und Kurshefte über Tischhöhe stapeln“ – damit sich ein kurzfristig angekündigter Inspektor jederzeit „bedienen

kann“. Die englischen Lehrerinnen und Lehrer, so Barbara Geier aus der Hamburger Reisegruppe, „beklagen, dass sich ihre Arbeit im Klassenraum vom Unterrichten weg auf das Beobachten und Dokumentieren hin bewegt hat“.

Testen statt unterrichten?

In England ist es zudem Standard, dass die Leistungen von Schülerinnen und Schülern im Laufe der Schulzeit vier- bis fünfmal zentral getestet werden.²³ Grundlage ist das National Curriculum, der Nationale Lehrplan. Die entsprechenden Examenpakete, berichten die Hamburger GEW-ler, werden von „drei konkurrierenden privaten Bildungsbetreibern“ angeboten – und die Schulen müssen das Prüfungspaket kaufen, finanziert aus dem eigenen Budget. „Schließt die Schule schlecht ab, üben Eltern, vor allem der Mittelschicht, großen Druck auf die Schule aus.“ Der Mathematiklehrer oder die Englischlehrerin, deren Schüler mäßige Testergebnisse geliefert haben, sei leicht auszumachen. Dies habe „zu Mobbing bis hin zu Selbstmorden von Lehrerinnen und Lehrern geführt“, berichten die Hamburger. Es gelte, ein schlechtes Abschneiden der Schülerinnen und Schüler beim Test zu verhindern. Schulleiter ordnen deshalb für schwache Schüler und deren Lehrer zusätzlich Lernzeit an, über den regulären Unterricht hinaus. „Da kann auch ruhig mal ein Sonntagnachmittag angesetzt werden“, erfuhren die Gewerkschafter. Der Arbeitsdruck für britische Lehrerinnen, Lehrer und Schulleitungen sei groß, die Fluktuation im Lehrerberuf entsprechend hoch.

Besonders befremdlich für die GEW-Delegation: Die Inspektions- und Testergebnisse werden in den britischen Tageszeitungen und im Internet veröffentlicht, mit Namen der Schulen. Und das wiederum beeinflusst die Immobilienpreise: „Top-Schulen in der Nachbarschaft drücken den Immobilienpreis nach oben“, berichten die Hamburger Gewerkschafter. Ausführlich informierten sich die GEW-ler auch über die so genann-

ten Academies.²⁴ Das sind Schulen in privater Trägerschaft, gebildet aus ehemals staatlichen Schulen, die wiederholt schlechte Testergebnisse einführen. Schulleiter und Lehrer der vermeintlich gescheiterten Bildungseinrichtung werden entlassen – dann hält ein Sponsor Einzug. Der muss zwei Millionen Pfund mitbringen. Weitere acht Millionen Pfund steuert der Staat bei. Der neue private Träger erhält weitgehende Entscheidungsfreiheit über den Lehrplan. Auch übt er die Personal- und Tarifhoheit aus: Er darf vom nationalen Bildungsplan abweichen. Er kann Gehälter und Arbeitszeiten für die Lehrerschaft frei festlegen. Er hat das Recht, Schüler so auszuwählen, dass sie dem selbst erstellten Schulprofil entsprechen. Das bedeutet für Schüler in bildungsfernen Stadtteilen oft, dass nicht nur ihre alte Schule geschlossen wurde, sondern dass die dort neu gegründete Schule sie gar nicht aufnimmt. Neben anglikanischer und katholischer Kirche sind es evangelikale Organisationen oder fundamentalistische Islam-

Durch die Academies werden „Kinder aus bildungsnahen Familien bevorzugt, sozial schwache Schüler und Schülerinnen noch mehr benachteiligt“.

(Barbara Geier, Mitglied der GEW-Gruppe)

schulen, die Academies einrichten wollen. Interesse zeigen „Medienkonzerne, Großbetriebe ebenso wie neuerdings Universitäten“, berichtet die Hamburger GEW. Bei Eltern aus der Mittelschicht genießen sie häufig einen guten Ruf. Auch werben sie gezielt in „besseren“ Wohngebieten um Schüler. Wer hingegen abgewiesen wurde, muss sich mit den umliegenden Schulen begnügen. Dort steigt die Anzahl der Kinder aus ärmeren Verhältnissen. Durch die Academies werden „Kinder aus bildungsnahen Familien bevorzugt, sozial schwache Schüler und Schülerinnen noch mehr benachteiligt“, berichtet Barba-

ra Geier, Mitglied der GEW-Gruppe. Nach Angaben des englischen Bildungsministeriums gibt es derzeit 27 Academies. Weitere 40 stehen kurz vor der Eröffnung.²⁵

Der Hamburger GEW-Mann Uli Ludwig sagt denn auch, die Regierung Tony Blairs knüpfe an die schulpolitischen Ziele von Margret Thatcher an. Was heißt: „Marktprinzipien stärken und Schulen nach betriebswirtschaftlichen Prinzipien führen“, so Ludwig

Deutschlands Schulen vor der schleichenden Privatisierung?

Die Bertelsmann-Stiftung betrachtet das englische Schulwesen mit Wohlwollen. „Die uns bekannten Analysen“, schreibt die Stiftung mit Blick auf PISA und andere Erhebungen, „zeigen für Großbritannien deutlich bessere Ergebnisse als in Deutschland“. Auch die Handelskammer Hamburg lobt „das wettbewerbsorientierte Schulsystem in England“.²⁶ In ihrem bildungspolitischen Papier aus dem Jahr 2001 setzte sie noch eins drauf und forderte, der Staat möge sich „aus der Trägerschaft des Schulbetriebs völlig zurückziehen“.²⁷ Das wolle die Bertelsmann-Stiftung auch, heißt es bei Teilen der GEW, bei linken Bildungs-Aktivisten und Globalisierungskritikern. Die Stiftung plane die „schrittweise Privatisierung rentabel organisierbarer Teile des Schulwesens“,²⁸ kritisiert Rolf Jüngermann, bis 2004 für die PDS im Schulausschuss des Stadtrates von Gelsenkirchen. Die „Strategie Ber-

„Berlusconi kann man abwählen, Bertelsmann nicht.“

(Hans J. Kleinsteuber, Politik-Professor)

telsmanns“ sei die „weiträumige Kommerzialisierung von Wissenschaft und Bildung“, schreiben Thomas Barth und Oliver Schöller.²⁹ Der „Medienkonzern“, so Barth und Schöller weiter, wolle sich „hier

neue Märkte erschließen“. Der Hamburger Politik-Professor Hans J. Kleinsteuber beanstandet zudem, dass es der Gütersloher Stiftung an demokratischer Kontrolle fehle. „Berlusconi kann man abwählen, Bertelsmann nicht“, so Kleinsteuber.³⁰

Starker Tobak. Die Stiftung zieht die Strippen – und der Konzern saht ab? Was ist da dran? Welche Interessen könnte Bertelsmann verfolgen?

RTL, Vox, John Grisham und Britney Spears...

Die Bertelsmann-Stiftung ist reich. Sie besitzt inzwischen 76,9 Prozent der Aktien der Bertelsmann AG. Allein im Jahr 2005 kassierte sie 124,9 Millionen Euro von der Bertelsmann AG. Die AG wiederum ist ein Gigant: Weltweit rund 88.000 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. 17,9 Milliarden Euro Umsatz im Jahr 2005. 1,0 Milliarden Euro Gewinn. Zur Bertelsmann AG gehört die RTL Group, laut Geschäftsbericht „Europas führendes Rundfunk- und Fernsehproduktionsunternehmen“, aktiv in elf Ländern. Zur RTL-Familie wiederum zählen Produktionsfirmen wie Fremantle Media und Fernsehsender wie Super-RTL, Vox und ntv. Zu Bertelsmann gehört ferner Gruner + Jahr („Europas größter Zeitschriftenverlag“). Das Hamburger Verlagshaus produziert Geo, Brigitte, Stern, Eltern, Gala, Capital, Impulse und viele andere. Gruner + Jahr ist mit 25,25 Prozent am SPIEGEL-Verlag beteiligt. Auch zur Axel Springer AG unterhält Bertelsmann geschäftliche Verbindungen. Gemeinsam betreibt man das Tiefdruckunternehmen Prinovis (rund 4.300 Beschäftigte). Zu Bertelsmann gehört auch die Musiksparte Bertelsmann Music Group (BMG). Avril Lavigne und Anastacia sind hier unter Vertrag, ebenso Dido, Mariah Carey, Carlos Santana oder Britney Spears. Zu Bertelsmann gehört außerdem Random House („die größte Buchverlagsgruppe der Welt“). Dazu zählen in Deutschland Verlage wie Goldmann, Heyne, Siedler oder Luchterhand. Hier veröffentlichen Autoren von John Grisham bis Wladimir Kami-

ner. Zu Bertelsmann gehört ferner die Direct Group, die etwa Buch-Clubs und Online-Shops unter ihrem Dach vereinigt. Außerdem Arvato, die Dienstleistungs-Sparte des Konzerns, mit Druckereien, Call-Centern, Datenbanken und Finanzdienstleistungs-Firmen. Arvato trägt mächtig zum Erfolg der Bertelsmann AG bei – mit weltweit 33.000 Beschäftigten und 3,8 Milliarden Euro Umsatz im Jahr 2005.

Bertelsmann ist also kein reines Medien-Unternehmen mehr. Längst hat sich Bertelsmann zu einem gewaltigen Anbieter von Dienstleistungen gewandelt – und die will das Unternehmen auch dem Staat verkaufen. Das heißt: Die Bertelsmann AG profitiert, wenn öffentliche Einrichtungen privatisiert werden. Wir blicken erneut nach England.

Testfeld für Bertelsmann: East Riding

East Riding of Yorkshire, ein Landkreis in Nordengland mit rund 300.000 Einwohnern. Im Februar 2005 wurde bekannt, dass Arvato die komplette öffentliche Verwaltung des Kreises übernimmt. Im Rahmen eines Public Private Partnership-Projektes (PPP) kassiert die Bertelsmann-Tochter künftig lokale Abgaben wie die Grund- und Hundesteuer, verantwortet die Gehaltsabrechnungen für die kommunalen Mitarbeiter, ist zuständig für die gesamte Informationstechnologie und unterhält das Bürgerbüro. Der Dienstleistungsvertrag gilt zunächst für acht Jahre, Arvato kassiert dafür laut Medienberichten mehr als 200 Millionen Euro.

Größter Konkurrent von Arvato auf dem britischen Markt ist die Capita Group, Englands führendes Outsourcing-Unternehmen. Der Gigant beschäftigt 25.000 Mitarbeiter, in Großbritannien, Irland und Indien. Capita managt die Gehaltszahlungen für die Angestellten der BBC, verwaltet 12.000 Kilometer Autobahnen und betreibt Call-Center im Auftrag von Versicherungskonzernen.

Und jetzt kommt das Bildungswesen wieder ins Spiel. Denn auch auf diesem Feld ist Capita aktiv. Der Outsourcing-Riese beliefert 22.500 Schulen mit Software für die Datenverarbeitung.

2.500 Schulen erhalten Hilfe bei Computer-Problemen (IT support). Zudem tritt der englische Konzern als eine Art Zeitarbeitsfirma für Aushilfslehrer auf. „Über eine Million Schüler wurden im Jahr 2004 durch Capita-Lehrer unterrichtet“, meldet der Outsourcing-Riese auf seinen Internet-Seiten.³¹ Capita engagierte zudem mehrere tausend Berater, um Kurse und Beratungsstunden für Lehrkräfte an Grundschulen abzuhalten. Das berichtet Richard Hatcher, Forschungsdirektor der University of Central England in Birmingham.³² Capita habe dafür einen Fünf-Jahres-Vertrag abgeschlossen, der dem Unternehmen einen Umsatz von 177 Millionen Pfund, umgerechnet 254 Millionen Euro beschere, so Hatcher. Capita erwirtschaftet hohe Profite. Im Jahr 2004 betrug der Gewinn vor Steuern 148 Millionen Pfund (213 Millionen Euro), der Umsatz lag bei 1,3 Milliarden Pfund (1,9 Milliarden Euro). In 2003 wurde die Aktiengesellschaft von der Royal Bank of Scotland zur „Company of the Year“ gekürt.

Capita Group ist schon dort, wo Bertelsmann hin möchte

„East Riding ist für uns ein Pilotprojekt von strategischer Bedeutung“, sagt Hartmut Ostrowski, Vorstandschef der Arvato AG.³³ „Ein wichtiger Schritt in den Markt der öffentlichen Verwaltungsdienstleistungen“, so Ostrowski. Dabei wolle sich Arvato nicht auf Großbritannien beschränken. Mittelfristig, heißt es bei Arvato, habe man auch andere europäische Länder im Visier, vor allem Deutschland. Es gebe inzwischen Gespräche mit „drei deutschen Mittelstädten“, sagt Ostrowski nach einem Bericht des „Handelsblatts“ vom 29.3.2006.

Inzwischen scheint Bertelsmann einen großen Schritt weiter. Frühjahr 2006. Wir stoßen auf eine kleine Meldung aus Dormagen, einer Kleinstadt mit 61.000 Einwohnern, nördlich von Köln gelegen. „Bertels-

mann-Stiftung fördert Pilotprojekt im Rathaus“, meldet die städtische Pressestelle am 17. März 2006. Es gehe bei der „Machbarkeitsstudie“ darum, den Weg zu „mehr Betriebswirtschaftlichkeit“ und „neuen Organisationsformen“ aufzuzeigen – und zwar „erstmalig auch für Kernbereiche der Verwaltung“. So der knappe Text der Stadt Dormagen. Die Online-Ausgabe der Neuss-Grevenbroicher Zeitung (NGZ) verrät schon mehr.³⁴ „Auch hoheitliche Bereiche“ sollen untersucht werden, heißt es dort. „Darunter fallen so sensible Felder wie das Sozialamt oder das Ordnungswesen“, schreibt ngz-online. „Selbst die Privatisierung von Schulen ist nicht ausgeschlossen“, heißt es dort. Letzteres wird von der Stadt Dormagen dementiert. Allenfalls die Privatisierung von Schulgebäuden käme in Betracht, meldet die Pressestelle. Dormagens Bürgermeister Heinz Hilgers (SPD) jubelt derweil, weil der Stadt durch die Studie keine Kosten entstehen. Denn die Bertelsmann-Stiftung zahlt. „Eine Hilfe“, so Hilgers, „von der andere Städte nur träumen können“. Zuständig für das Projekt ist Kirsten Witte, Leiterin des „Kompetenzzentrums Kommunen und Regionen“ der Bertelsmann-Stiftung. Sie betont: „Von den Ergebnissen in Dormagen werden Kommunen in ganz Deutschland profitieren.“

Spielt die Bertelsmann-Stiftung dem Bertelsmann-Konzern in die Hände?

Fest steht: Die Bertelsmann-Stiftung interessiert schon lange, wie Ämter und Behörden arbeiten.³⁵ Sie entwickelte in den vergangenen Jahren „Kernkennzahlen in Kommunen“, damit die Qualität von kommunalen Leistungen vergleichbar wird. Sie startete ein Projekt, um elektronische Dienste in den Amtsstuben („e-government“) voranzutreiben. Sie propagiert „Ausgliederungen und Public Private Partnerships“. Auch wirbt die Stiftung für „neue Formen der Zusammenarbeit“, auch zwischen „Unternehmen und öffentlicher Verwaltung“.

Wie aus dem Jahrbuch der Bertelsmann-Stiftung abgeschrieben klingt denn auch, was in einer Werbebroschüre der Arvato-Tochter AZ Direct zu lesen ist. Titel des Heftes: „Partner der öffentlichen Verwaltung“.³⁶ Behörden, steht dort, müssten ihre Dienstleistungen „an die veränderte Bevölkerungsstruktur anpassen“. Sie sollten „interne Abläufe straffen“ sowie „das Engagement der Bürger für Gemeinwohl aktivieren“. Dabei, schreibt die Arvato-Tochter, „sind Kooperationen mit privatwirtschaftlichen Partnern durchaus sinnvoll“. AZ Direct sei ein solcher „Partner der öffentlichen Verwaltung“. Der „Verbund der Arvato-Unternehmen“, heißt es dort, biete „komplette Serviceleistungen ... vom Bürgerservice bis zum Finanzmanagement“. Auch „Consulting“ und „Datenmanagement“ habe man im Angebot. Alles natürlich zu günstigen Kosten. Schließlich müsse der öffentliche Sektor „zunehmend mehr Leistungen mit immer weniger Mitteln erbringen“, schreibt AZ Direct. Und lockt: „Nutzen Sie das Potenzial des größten deutschen Outsourcing-Spezialisten.“

**„Wir müssen deshalb dem Schicksal danken,
dass jetzt schmerzliche Sachzwänge entstehen,
die neue Schubkraft bringen.“³⁷**

(Reinhard Mohn im Jahr 1996)

Ist das alles Zufall? Oder bereitet die Stiftung in Wirklichkeit das Feld für kommerzielle Interessen? In der Stellungnahme aus Gütersloh heißt es: „Die von der Stiftung in der Vergangenheit durchgeführten Projekte standen in keinem inhaltlichen Zusammenhang zu den Geschäftsinteressen von Arvato.“ Und: Die Stiftung „arbeitet unabhängig von den Geschäftsinteressen der Bertelsmann AG“.

Bertelsmann und seine Medien

Doch noch etwas fällt auf: Immer wieder berichten Bertelsmann-Medien über Projekte, die die Gütersloher Stiftung und ihre Partner angestoßen haben. Immer wieder erscheinen Artikel bei Gruner + Jahr, die Begriffe aus der Welt der Gütersloher Stiftung in positivem Zusammenhang darstellen. Etwa Ranking, Evaluation, Kennziffern, Wettbewerb, Outsourcing oder Zusammenarbeit zwischen staatlichen Stellen und privaten Partnern. Beispiele:

- Impulse (Gruner + Jahr) informiert im Mai 2004, wie der Wettbewerb „Unternehmerfreundliche Kommune“ ausgefallen ist. Das Projekt gleichen Namens hatte die Bertelsmann-Stiftung kurz zuvor abgeschlossen.
- Impulse (Gruner + Jahr) schreibt im April 2005 über „Deutschlands schärfste Finanzämter“. Viele Medien greifen das Thema auf. Die Bertelsmann-Stiftung beendete das Projekt „Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern“ im Jahr 2004.
- Capital (Gruner + Jahr) präsentiert im Juni 2005 „Die 100 besten Schulen“. Die Rangliste geht auf eine Umfrage von Capital zurück, die von Microsoft gesponsert wurde.
- Der Stern (Gruner + Jahr) schreibt im Februar 2006 über den „Deutschen Schulpreis“. Ausgelobt wird der Preis unter anderem von der Robert-Bosch-Stiftung, dem ZDF und dem Stern.
- Der Stern (Gruner + Jahr) veröffentlichte jahrelang die neuesten Ergebnisse des CHE-Hochschul-Rankings. Inzwischen ist DIE ZEIT aus dem Holtzbrinck-Verlag als Medienpartner des Rankings eingestiegen.

-
- Capital (Gruner + Jahr) berichtet im Mai 2006 über den CHE-Studienkredit-Test („... erstes umfassendes Ranking ...“).

„Daraus könnte der Eindruck entstehen“, schreibt der Autor dieses Artikels der Stiftung, „dass Bertelsmann-Medien für Ziele und Projekte der Bertelsmann-Stiftung PR-Arbeit machen“. Und: „Was sagen Sie dazu?“. Die Stiftung antwortet knapp. „Im Rahmen ihrer Außenkommunikation“, so die Stellungnahme, „stellt die Bertelsmann-Stiftung ihre Projektergebnisse der Öffentlichkeit zur Verfügung“. Ob und in welcher Weise die angebotenen Inhalte verwendet werden, „entscheiden die Medien selbst“. Gruner + Jahr erklärt: „Eine Einflussnahme seitens der Bertelsmann-Stiftung gibt es nicht.“

Quellen

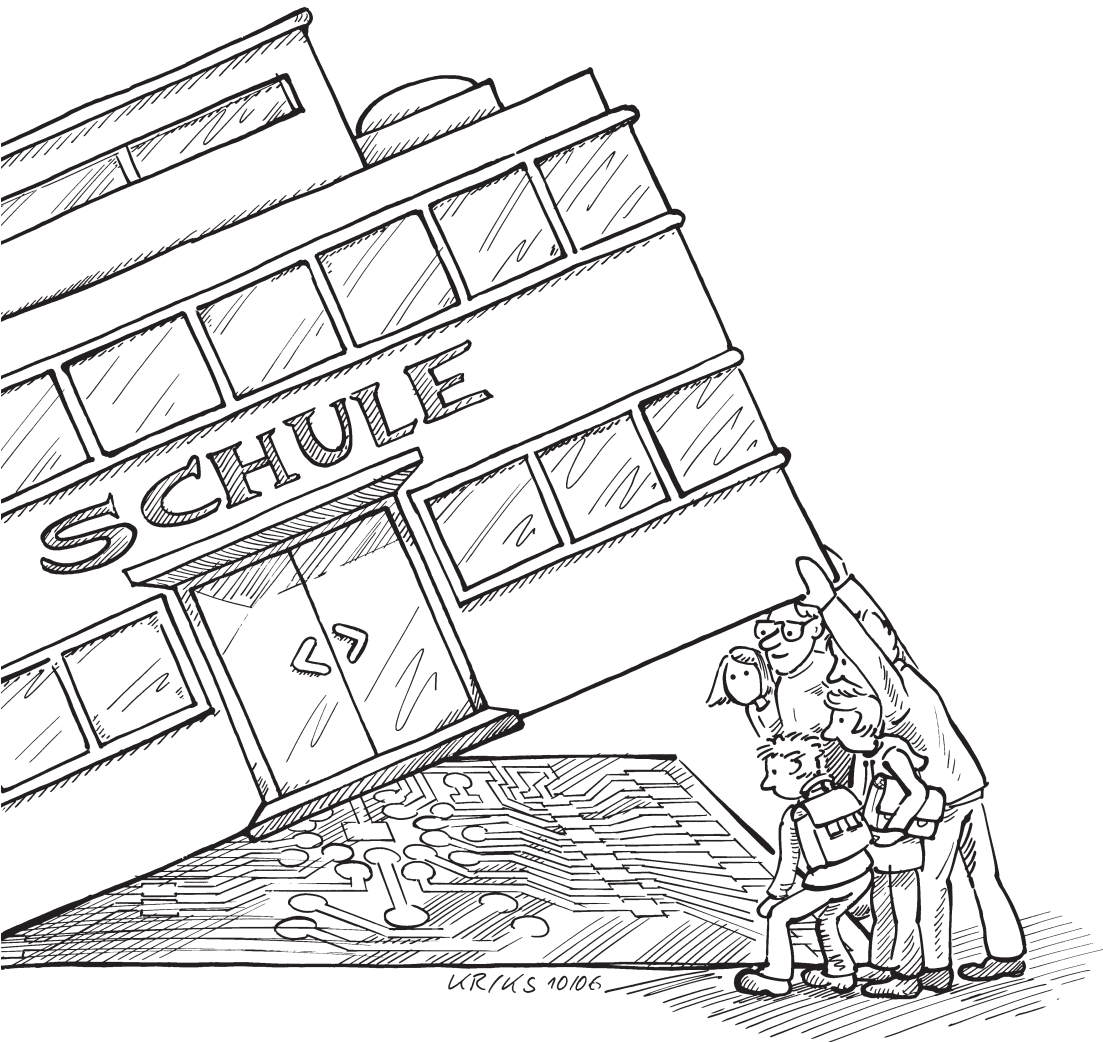
- 1 Bundesverband Deutscher Stiftungen: http://www.stiftungen.org/files/original/galerie_vom_05.12.2005_10.33.06/Stiftungsstatistik_GroessteStiftungen1.pdf
- 2 www.che.de
- 3 Übersicht „Steuerliche Vorteile des Stiftens“: http://www.stiftungen.org/files/original/galerie_vom_06.10.2005_16.48.58/Steuerliche%20Vorteile%20des%20Stiftens.pdf
- 4 Interview mit Reinhard Mohn, Gütersloh, Verlag Bertelsmann-Stiftung 1996: http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_14722_14723_2.pdf
- 5 http://www.selbststaendige-schule.nrw.de/S__WPEazS6q/
- 6 Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB), „Perspektiven und Visionen. Die Normierung und Präzisierung der nationalen Bildungsstandards in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Das IQB stellt sich vor“, vgl.: www.IQB.hu-berlin.de
- 7 www.das-macht-schule.de
- 8 Dieter Wunder, Was ist am heimlichen Bildungsminister Bertelsmann zu kritisieren?, in: Pädagogik, Nr. 7-8/2000
- 9 zum Folgenden siehe: „Eigenverantwortliche Schule“, Info der GEW-Niedersachsen zur didacta 2006, Stand: Februar 2006, siehe: www.gew-nds.de

-
- 10 Interview mit Reinhard Mohn, Gütersloh, Verlag Bertelsmann-Stiftung 1996.
Zum Herunterladen unter: http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_14722_14723_2.pdf
 - 11 Interview mit Reinhard Mohn, Gütersloh, Verlag Bertelsmann-Stiftung 1996.
Zum Herunterladen unter: http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_14722_14723_2.pdf
 - 12 „Kooperationsprojekt zur Entwicklung und Erprobung einer staatlich-kommunalen Verantwortungsgemeinschaft“ (KM-Bertelsmannstiftung), in: Die GEW informiert, GEW Baden-Württemberg, November 2005:
http://www.vkm-baden.de/news/rl_tag06/bertelsmanninfo%20gew.pdf
 - 13 http://www.denkwerk.com/221_1893.html
 - 14 Hanna Kiper, Die selbständige Schule. Schulen sollen als Quasi-Märkte funktionieren, E&W Niedersachsen, 10/2002
 - 15 Interview mit Reinhard Mohn, Gütersloh, Verlag Bertelsmann-Stiftung 1996.
Zum Herunterladen unter: http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_14722_14723_2.pdf
 - 16 www.che.de
 - 17 zum Folgenden siehe: Frank Böckelmann, Hersch Fischler, Bertelsmann. Hinter der Fassade des Medienimperiums, Eichborn-Verlag, 2004, S.223 ff, sowie Oliver Schöllner, Gestiftete Bildung, in: Müller/Giegold/Arhelger (Hrsg.), Gesteuerte Demokratie? Wie neoliberale Eliten Politik und Öffentlichkeit beeinflussen, VSA-Verlag 2004, S. 59ff
 - 18 Argumente pro Studiengebühren sind zu finden u.a. bei Martin Spiewak, „Geist gegen Geld“, „Die Zeit“ vom 22.1.2004
 - 19 Armin Himmelrath, Breiter Widerstand, in: Erziehung und Wissenschaft 6/2006, S.35
 - 20 zum Folgenden siehe: hlz, Zeitschrift der GEW Hamburg, März/April 2006
 - 21 www.ofsted.gov.uk
 - 22 Auch in Nordrhein-Westfalen läuft ein Modellprojekt zur Schulinspektion:
http://www.wdr.de/themen/kultur/bildung_und_erziehung/brennpunkt_schule/_schule/schul_tuev_050919.jhtml
 - 23 siehe auch: John F. Jungclaussen, Testen, testen, testen. Mit Bildungsstandards und Schulvergleichen wird Englands Nachwuchs auf Leistung getrimmt. Ein Vorbild für Deutschland?, in: DIE ZEIT, 31.7.2003

-
- 24 hlz, Zeitschrift der GEW Hamburg, Mai/Juni 2006
 - 25 <http://www.standards.dfes.gov.uk/academies>
 - 26 Handelskammer: Schulen privatisieren, Pressemitteilung vom 31.1.2001
<http://www.hk24.de/HK24/HK24/Ressourcen/druckversion.jsp?oid=6067>
 - 27 siehe Fußnote 26
 - 28 Rolf Jüngermann, Enteignet Bertelsmann. Public Education is not for sale (aktualisierte Fassung von Juni 2006): http://www.bipomat.de/Enteignet_Bertelsmann.pdf
 - 29 Thomas Barth und Oliver Schöller, Der Lockruf der Stifter. Bertelsmann und die Privatisierung der Bildungspolitik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 11/2005: <http://www.blaetter.de/artikel.php?pr=2183>.
 - 30 <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/23/23153/1.html>
 - 31 <http://www.capita.co.uk/Mediacentre/CapitaFactsStats.htm>
 - 32 Richard Hatcher, Die Sponsoren kommen. Privatfirmen verdienen am englischen Schulsystem, Le Monde diplomatique, 13.5.2005:
<http://www.taz.de/pt/2005/05/13.1/mondeText.artikel,a0017.idx,5>
 - 33 Pressemitteilung der Arvato AG vom 22.3.2005
 - 34 <http://www.ngz-online.de/public/article/ngz/news/dormagen/322429>
 - 35 Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.), „Kommunen schaffen Zukunft. Reformimpulse für Entscheider“, 102 Seiten, erschienen in 2005
 - 36 „Partner der öffentlichen Verwaltung“, Broschüre der AZ Direct GmbH, als pdf-Datei unter: <http://www.az-direct.com/site/media/00050729.pdf?t=1144001168896>
 - 37 Interview mit Reinhard Mohn, Gütersloh, Verlag Bertelsmann-Stiftung 1996.
Zum Herunterladen unter: http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_14722_14723_2.pdf

Warum Konzerne den Einsatz von Computern an Schulen unterstützen

Werbefeldzug von Intel, Microsoft, Telekom und Co.



Der US-Computerchiphersteller Intel investiert weltweit 100 Millionen Dollar pro Jahr, um den Einsatz von PCs an Schulen zu fördern. Auch Software-Riese Microsoft stellt riesige Summen bereit, damit Schulen mit digitalen Medien arbeiten. Eine gigantische Marketing-Aktion der Computerindustrie – und Bildungspolitiker von SPD bis CDU klatschen Beifall.

Wo wurde der Komponist Edvard Grieg geboren? In welchen Städten Europas hat der große Norweger studiert und gearbeitet? Darum geht es heute im Musikunterricht der Klasse 8e. Doch Lehrer Wolfgang Bühnemann steht nicht dozierend mit Zeigestock vor der Landkarte. Er schreibt auch nicht mit Kreide an die Tafel. Stattdessen ist für die Schüler selbständiges Arbeiten angesagt – mit Hilfe von Computer und Internet. Flavia (14) und Thomas (15) lesen bei Wikipedia, dem Internet-Lexikon, den Eintrag über Grieg. „Geboren 15. Juni 1843 in Bergen, Norwegen“, steht dort. Und: „Von 1858 bis 1862 studierte er in Leipzig“. Weitere Stationen im Leben des Mannes, der die Peer-Gynt-Suiten schuf, waren Kopenhagen, Oslo und Rom. Die beiden Schüler markieren alle Daten per Maus-Klick und setzen sie als Textbaustein auf eine Europakarte. „Das geht viel schneller, als wenn man das im Buch nachlesen müsste“, sagt Flavia zufrieden. Und Lehrer Bühnemann muss nur einspringen, wenn es am PC Probleme gibt – oder wenn ein Schüler mal nicht ganz bei der Sache ist.

Computer an Schulen fördern Teamarbeit

Wir sind zu Besuch am Theodor-Heuss-Gymnasium (THG) in Wolfenbüttel, einer Kleinstadt bei Braunschweig. Den rund 1.500 Schülerinnen und Schülern stehen zwei Computerräume zur Verfügung. Dort befinden sich etwa 60 PCs, die via Netzwerk miteinander verbunden sind. Außerdem verfügt die Schule über zehn Laptops. Mit Hilfe der Rechner lernen die Gymnasiasten nicht nur, wie man in Datenbanken und Internet nach Lösungen sucht. Sie üben zudem die

Textverarbeitung. Auch werden sie vertraut mit modernen Präsentationstechniken. So projizieren die Achtklässler des THG ihre Edvard-Grieg-Europakarte mit einem Beamer an die Wand – und tragen dazu mündlich vor, wann der norwegische Komponist und Dirigent von Stadt zu Stadt zog. Ferner üben die Schülerinnen und Schüler Selbstständigkeit und Team-Arbeit.

Der Einzug der PCs verändert somit auch die Stellung der Lehrerinnen und Lehrer. „Die sind nicht mehr diejenigen, die vorne zu 100 Prozent die Linie vorgeben,“ sagt Jürgen Wuttig, Lehrer für Informatik, Biologie und Sport am Theodor-Heuss-Gymnasium. Deren Rolle, so der 58-jährige Pädagoge, wandle sich zum Moderator und Mentor. Sie zeigen den Schülern, wie man – allein oder in Gruppen – am PC Lösungen erarbeitet. Doch wer kümmert sich um die Fortbildung von Pädagoginnen und Pädagogen? Damit sie der neuen Rolle gerecht werden? Damit sie entscheiden können, wann der Einsatz von Computern im Unterricht Sinn macht? Damit sie selber fit werden im Umgang mit Bits & Bytes & Beamern?

Lehrer-Fortbildung beim US-Konzern

Geht es um die Computer-Fortbildung von Lehrern, so ist Deutschlands erste Adresse ein US-Konzern: Die Intel Corporation, der weltgrößte Computerchip-Hersteller mit Sitz im kalifornischen Santa Clara (weltweit 100.000 Mitarbeiter, 39 Milliarden Dollar Umsatz in 2005). Seit 1999 engagiert sich der US-Konzern in der Lehrerfortbildung. Der Grundkurs „Intel Lehren für die Zukunft“ (Intel 1) lief in den Jahren 2000 bis 2003. Er wurde „überaus gut angenommen“, meldet die Fachzeitschrift „L.A. Multimedia“. Sicher kein übertriebenes Urteil, angesichts von mehr als 300.000 Teilnehmern aus allen 16 Bundesländern, aus Österreich, der Schweiz und dem italienischen Südtirol. Als Fortsetzung gibt es den Kurs „Intel Lehren für die Zukunft – online trainieren und gemeinsam lernen“ (Intel 2).¹ Diesen

Kurs haben bislang mehr als 60.000 Pädagoginnen und Pädagogen im deutschsprachigen Raum gebucht. Wieder ist die Teilnahme kostenlos. Lediglich 25 Euro Schutzgebühr sind zu zahlen. Wer sich anmeldet, stellt sich ein auf eine 40-stündige Fortbildung, die im wesentlichen am PC zuhause stattfindet. Die Teilnehmer haben dabei Zugriff auf eine Datenbank, in der unter anderem als Musterbeispiele Unterrichtseinheiten, so genannte Lernpfade, gespeichert sind. Derzeit sind es 230 Lernpfade, die im Rahmen von Intel 2 erstellt wurden. Deren Themen-Palette reicht von „Child labour“ für den Englisch-Unterricht bis zu „Experimente am Beispiel Licht und Farbe“ in Physik. In Anlehnung an die Lernpfade erarbeiten die Teilnehmer dann eigene Unterrichtseinheiten. Entwickelt wurde Intel 2 zusammen mit dem Lehrerfortbildungsinstitut des Freistaats Bayern, der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung in Dillingen an der Donau.



Wo liegen die Urheberrechte?

Für einen frisch erstellten Lernpfad, der in die Datenbank aufgenommen wird, bekommt der Kursteilnehmer eine Aufwandsentschädigung von 200 Euro, gezahlt von Intel. Zwar verbleiben die Urheberrechte für den Lernpfad beim Autor, doch die Nutzungsrechte liegen bei Intel und der Akademie in Dillingen. Das bedeutet zum Beispiel, dass englische oder französische Versionen der Lernpfade produziert werden dürfen. Denn auch im Ausland wird Intel 2 angeboten. „Wir haben aus Schweden die Anfrage, 48 Lernpfade übersetzen zu lassen“, berichtet stolz Andreas Dott von Intel Deutschland.

In allen 16 Bundesländern unterstützen so genannte Landesmentoren das Intel-Fortbildungsprojekt. In Niedersachsen macht Jürgen Wuttig diesen Job. Seit Sommer 2005 hat ihn das Land Niedersachsen freigestellt; Wuttig unterrichtet seither nur noch vier Stunden pro Woche. Wenn der 58-Jährige in Sachen Intel-Fortbildung niedersächsische Schulen besucht, übernimmt der Chip-Hersteller die Reisekosten.

Bei Bildungspolitikern stößt das Engagement des kalifornischen Chip-Herstellers auf großen Beifall. Im Jahr 2000 übernahm Bremens Bildungssenator Willi Lemke (SPD) als Präsident der Kultusministerkonferenz die Schirmherrschaft über Intel.^{1,2} Fünf Jahre später lobt Johanna Wanka (CDU), Brandenburgs Kultusministerin, es handele sich um ein „Leuchtturmprojekt“ in der Zusammenarbeit von Unternehmen und öffentlichem Sektor.³ Vor einigen Jahren, so Wanka, hätte es noch kritische Stimmen gegeben. Es sei die Frage gestellt worden, ob es hier zu einer Vereinnahmung der Pädagogik durch ein Unternehmen komme könne. „Alle Ängste und Sorgen waren völlig unberechtigt“, urteilt die Kultusministerin. Auch Craig Barrett, der frühere Intel-Vorstandsvorsitzende und jetzige Chef des Intel-Verwaltungsrates, versichert: „Es geht ja nicht darum, dass wir Lehrern und Schülern irgendwelche Prozessoren von uns verkaufen wollen.“ Barrett: „Die dürfen in ihren Schulen auch Computer mit Chips von unserem Wettbewerber AMD verwenden.“⁴ Die Bildungsprogramme von Intel seien „ein komplett philanthropischer Bereich, nicht an Business-Aspekte gebunden“. Das versicherte treuherzig Martina Roth von Intel Deutschland im Jahr 2004.⁵

„Intels Fortbildungsinitiative Lehren für die Zukunft ist ein weltweites Programm, ... um die Verwendung von Technik im Klassenzimmer voranzutreiben.“⁶

Intels Feld ist die Welt. Auf der Homepage des US-Konzerns ist zu lesen: Das Intel-Programm Lehren für die Zukunft sei „Teil einer weltweiten Aktion“, die Intel im Jahr 2000 „gemeinsam mit Microsoft und führenden PC-Herstellern“ gestartet hat.⁷ Stolz verkünden die amerikanischen Intel-Manager, dass sie seither mehr als drei Millionen Lehrkräfte weitergebildet haben – in mehr als 35 Ländern. Weitere

zehn Millionen Lehrkräfte „in Entwicklungsländern“ sollen in den kommenden Jahren hinzukommen, versprach der langjährige Intel-Boss Craig Barrett. Zudem will Intel in Entwicklungsländern 100.000 PCs für Schulen spenden – „damit Lernfähigkeiten verbessert werden“, heißt es in einer Presseerklärung des US-Konzerns. Intel hat sich laut eigenen Angaben verpflichtet, 100 Millionen Dollar bereitzustellen, „um den Bildungsstand junger Menschen in der ganzen Welt zu verbessern“. 100 Millionen Dollar – und zwar pro Jahr!

Intel spart Steuern

Dass Intel hier reine Nächstenliebe praktiziert, bezweifelt Professor Lorenz Jarass, Wirtschaftswissenschaftler an der University of Applied Sciences in Wiesbaden. Die Aufwendungen von Intel für Bildungsförderung, so Jarass, „sind steuerliche Kosten“. Folge: Die Steuerzahlung des US-Konzerns „reduziert sich etwa um 35 Prozent der genannten Summe“. Professor Jarass weiß auch, warum Unternehmen wie Intel so viele Dollar locker machen: „Die Gelder werden investiert, um den Firmen langfristige Bekanntheit und Absatzmöglichkeiten zu sichern.“

„Indem wir immer intensiver entsprechende Anstrengungen machen, haben wir das Potenzial, bis Ende 2010 in Entwicklungsländern mehr als eine Milliarde Schülerinnen und Schüler zu erreichen.“⁸

(Craig Barrett, Intel Corporation)

Auch Microsoft (60.000 Mitarbeiter, 40 Milliarden Dollar Umsatz in 2005) lässt sich nicht lumpen, wenn es um die Bildung geht. Der US-Softwaregigant aus Redmond bei Seattle verkündete im Jahr 2003, er werde in den kommenden fünf Jahren 250 Millionen Dollar für Schulen und andere Bildungseinrichtungen bereitstellen. Jürgen Gallmann, Chef von Microsoft Deutschland, fordert „neue Lernmethoden für den Erwerb von Wissen“.⁹ Er will „eine neue Qualität des Lernens“. Informationstechnologie, so Gallmann, „kann hierzu einen großen Beitrag leisten“.

„ ...Daher können Anstrengungen um die Reform unseres Bildungssystems nicht hoch genug eingeschätzt werden. Microsoft Deutschland versteht dies nicht nur als Aufgabe des Staates, sondern sieht auch die Unternehmen in der Pflicht ...“

(Jürgen Gallmann, Chef von Microsoft Deutschland)¹⁰

Die Palette der Microsoft-Aktivitäten ist groß. Der deutsche Ableger des Konzerns unterstützte etwa die Zeitschrift Capital (Gruner + Jahr) bei deren Umfrage „Die 100 besten Schulen“¹¹. Capital präsentierte die Ergebnisse im Juni 2005 (Heft 13). „Die Befragung ergab, dass sich Top-Schulen unter anderem durch eine bessere Ausstattung sowie eine höhere Nutzung im Bereich der Neuen Medien auszeichnen“, heißt es in der Microsoft-Pressemitteilung zur Umfrage.

Gebraucht-PC für „minderbemittelte Gemeinschaften“

2003 ließ das Microsoft Deutschland sein „Bildungsnetzwerk WissensWert“ vom Stapel. WissensWert wird unterstützt unter anderem vom Bundesbildungsministerium, Unicef und dem Lehrmittel-Anbie-

ter Cornelsen. Unter dem Dach von WissensWert läuft etwa das Projekt „Fresh Start“. Dabei können sich Schulen an Microsoft wenden, um eine kostenlose Lizenz für das Windows-Betriebssystem zu beantragen. Mit dieser Lizenz dürfen sie dann ihre gebrauchten Rechner betreiben. Seit November 2003 ließen etwa 1.600 Schulen rund 45.000 Computer lizenzieren, meldet Microsoft Deutschland.¹² Ähnlich arbeitet das „Microsoft Authorised Refurbisher Programm“ (MAR). Hier sind es Recyclingfirmen, die vom Bill-Gates-Konzern die Erlaubnis bekommen, wieder flott gemachte Alt-Computer kostenlos mit einem Windows-Betriebssystem auszustatten. Die von MAR-Firmen aufgemöbelten Rechner dürfen dann „minderbemittelten Gemeinschaften“ – so nennt das Microsoft – überlassen werden. Zu diesen „minderbemittelten Gemeinschaften“ zählen auch Bildungseinrichtungen. Schulen und andere Empfänger zahlen dann nur noch für die Wiederaufarbeitung der PCs. Microsoft betont jedoch, dass es bei Fresh Start und MAR lediglich das Betriebssystem gratis gibt, nicht aber die Anwenderprogramme Word, Excel oder PowerPoint.

Im Rahmen von WissensWert fördert Microsoft zudem Ganztagschulen, die den Einsatz digitaler Medien vorantreiben.¹³ Ferner unterhält das Software-Unternehmen ein Internet-Portal für Lehrerinnen und Lehrer, in dem sich Unterrichtsmaterialien herunterladen lassen.¹⁴ Selbst Vorschulkinder haben die Microsoft-Strategen im Visier. Das Projekt „Schlaumäuse“ verschafft Vier- bis Sechsjährigen mit Hilfe eines Computer-Programms die Möglichkeit, spielerisch auszuprobieren, wie Schrift und Sprache funktionieren.¹⁵ Laut Microsoft sind es bereits 30.000 Kinder in 1.000 Kindergärten, die in den Genuss des Schlaumäuse-Programms kommen. Als Schirmherrin von WissensWert amtierte im Jahr 2003 die damalig Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD).

Marketing im Klassenzimmer

„Für die Anbieter von Betriebssystemen und Programmen“, stellt Thomas Hammer in „Die ZEIT“ fest, „ist das Klassenzimmer ein wichtiger Ort der Entscheidung“. ¹⁶ Denn was die Lehrkräfte dort einsetzen, „wird für viele Schüler schnell zum Standard“. Carel Mohn vom Bundesverband der Verbraucherzentralen appelliert an die Verantwortung der Schulen: „Den Schülern muss gezeigt werden, dass sie bei Betriebssystemen und Programmen zwischen verschiedenen Alternativen wählen können.“ ¹⁷

Ein weiterer *global player*, der Schulen in Sachen digitaler Technik unterstützt, hat seinen Sitz in Bonn. Es ist die Deutsche Telekom AG (243.000 Mitarbeiter, 60 Milliarden Euro Umsatz in 2005). Vor zehn Jahren rief der damalige Telekom-Chef Ron Sommer den Verein „Schulen ans Netz e.V.“ ins Leben, gemeinsam mit dem damaligen Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers (CDU). ¹⁸ Die Telekom gab umgerechnet 49 Millionen Euro, das Bundesbildungsministerium steuerte 32 Millionen Euro bei. Heute liegt das Jahresbudget bei rund sechs Millionen Euro. Beide Partner finanzieren jeweils etwa die Hälfte.

Schulen ans Netz hatte zunächst zum Ziel, möglichst vielen Schulen kostenlosen Zugang zum Internet zu verschaffen. „Dieses Ziel wurde im Jahr 2001 erreicht“, heißt es einer Dokumentation des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. ¹⁹ Inzwischen sieht sich der gemeinnützige Verein als Inhalte- und Dienstleistungsanbieter. Schulen ans Netz unterhält ein Internet-Portal für Lehrkräfte („Lehrer-Online“). Er unterstützt Schulträger beim Aufbau schuleigener Informations-Technologie („IT works“). Auch bietet er kostenlose Online-Dienste, die Schülern den Umgang und das Lernen mit neuen Medien schmackhaft machen sollen.

Internet-Angebot – for girls only

Zu den Programmen von „Schulen ans Netz“ zählt auch LizzyNet, ein Internet-Angebot speziell für Mädchen ab zwölf. Hier gibt es Tipps für die Gestaltung der eigenen Homepage. Außerdem finden sich Anregungen, wie Computerspiel-Partys für Schülerinnen ausgerichtet werden, so genannte LAN-Partys. LAN steht für *local area network*, also für lokales Netzwerk. Schulen ans Netz vergibt via Lizzynet zudem kleine Stipendien, mit deren Hilfe Schülerinnen während der Ferien in ein Studium hineinschnuppern können. Das Angebot beschränkt sich allerdings auf technische und naturwissenschaftliche Fächer. Doch auch für Lifestyl-Angebote ist gesorgt: Wer will, kann sich per Internet die „feine, exklusive Lizzy-Kollektion“ bestellen – etwa das T-Shirt in „wunderbarem LizzyOrange“ mit Aufdruck „lizzynet.de“. Das T-Shirt kostet acht Euro plus Versandkosten. Lizzynet wird gefördert vom Europäischen Sozialfonds.

Warum sich die Deutsche Telekom hier engagiert? Zum einen gilt es, Technik und Naturwissenschaften im Unterricht zu fördern. Zum anderen ist das Engagement gut fürs Firmen-Image. Auch derzeit steht die Telekom in der Öffentlichkeit unter Druck. Schließlich baut der Bonner Konzern in großem Stil Jobs ab. 32.000 Beschäftigte müssen in den kommenden Jahren gehen.²⁰ Da sind Berichte, die das Unternehmen positiv darstellen, hochwillkommen. Schulen ans Netz sei ein „Vorzeigeprojekt des gesellschaftlichen Engagements der Deutschen Telekom AG“, meldete der Verein noch am 19. Juli 2006 auf seiner Homepage. In der Meldung war von einer Konferenz die Rede, auf der sich das Public-Private-Partnership-Projekt von Telekom AG und Bundesbildungsministerium vorstellen durfte. Veranstalter der Konferenz war die Bertelsmann-Stiftung.

Die Website von „Schulen ans Netz“ wirbt am 19. Juli 2006 auch für den Burda-Verlag. Der Münchner Großverlag hatte im Mai zum

„2. Münchner Bildungsgipfel“ geladen, heißt es dort.²¹ Es ging – man ahnt es – um die Zukunft des Lernens, „unter besonderer Berücksichtigung der neuen Verantwortung der Kommunikationsgesellschaft“. Wer im Bericht weiterliest, erfährt: „Moderne Unterrichtsformen sollten gezielt Multimedia einsetzen“. So der Rat von Gaby Miketta, Chefredakteurin der Burda-Zeitschrift Focus-Schule. Hier, sagt Frau Miketta, setze das Medienpaket „Focus macht Schule“ an – „jede Woche aktuelle Unterrichtsideen“. Gesponsort wurde der Burda-Gipfel, auf dem auch Schulen ans Netz vertreten war, unter anderem von Microsoft und Intel.

Computer-Schüler sind bessere Schüler

In Deutschland herrscht enormer Nachholbedarf, was die Computerausstattung an Schulen betrifft. Im Schnitt, so meldet die Industrieländerorganisation OECD für das Jahr 2003, teilten sich hierzulande 13 Schüler einen Rechner. In Finnland und Schweden waren es jeweils sechs Schüler. In den USA drei.²² Im Jahr 2005 meldete das Bundesbildungsministerium, dass sich immer noch zwölf Schüler um einen PC drängeln. Dabei lohnt sich der Einsatz von Rechnern im Unterricht, erkannten die OECD-Forscher. „In Deutschland schneiden 15-Jährige, die im Umgang mit Computern versiert sind, in wichtigen Schulfächern besser ab als ihre Mitschüler, die diesbezüglich weniger Erfahrungen haben.“²³

Was die digitale Technik kostet – und wer es bezahlt

Doch wie soll es deutschen Schulen gelingen, die Aufholjagd gegenüber anderen Ländern zu bewerkstelligen? Wer bezahlt die digitale Technik? Ein neues Notebook koste rund 1.000 Euro, rechnet Lehrer Jürgen Wuttig vor. Ebenso viel sei für einen Beamer zu veranschlagen. Auf „rund 120.000 Euro“ beziffert er die Summe, die bislang am Theodor-Heuss-Gymnasium in Wolfenbüttel für Hard- und Software ausgegeben wurde. Legt man die THG-Zahlen zugrunde, so müsste das

Land Niedersachsen 79 Millionen Euro aufbringen, um alle allgemein bildenden Schulen des Landes mit Hard- und Software auszustatten. Tatsächlich hat das Land Niedersachsen aber lediglich 38 Millionen Euro investiert. Außerdem: Die Anschaffungskosten sind längst nicht alles. Hinzu kommen Ausgaben für die Aktualisierung von Software (Updates), für Supportleistungen im laufenden Schulbetrieb, für Schulungen und Ersatzinvestitionen. Diese Folgekosten, schätzt die Unternehmensberatung Gartner Group, machen rund 80 Prozent der Gesamtkosten aus.²⁴ 80 Prozent! Unter Bildungspolitikern blieb es indessen still, keiner forderte, es sei Aufgabe des Staates, diese Kosten zu übernehmen. Schon vor Jahren winkten die Funktionäre der Schulträger deshalb resigniert ab. Die Kosten für Computer und digitale Medien „überschreitet alles, was die Kommunen bisher an laufendem Sachaufwand für das Schulwesen zu bewältigten hatten.“ So der Hilferuf von Stephan Articus vom Deutschen Städtetag bereits 1999.

Also was tun? Von der Industrie geförderte Einrichtungen wie Schulen ans Netz wissen Rat. Zum Beispiel diesen: „Schulträger aus den neuen Bundesländern, mit Ausnahme von Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, können noch bis Ende 2006 EU-Mittel beantragen“. Ein Tipp aus dem Buch „Finanzierung von Informationstechnik in Schulen.“²⁵ Der 140 Seiten starke Ratgeber informiert auch über private Geldgeber. Die Autoren verweisen auf das Sponsoring von Unternehmen („können bei der Umsetzung eines Medienentwicklungsplanes unterstützen“).²⁶ Sie empfehlen Fördervereine („spielen in der Unterstützung schulischer Belange eine wichtige Rolle“). Und erklären die Arbeitsweise von Public-Private-Partnerships (PPP). Bei PPP gehe es „oftmals um die Privatisierung öffentlicher Leistungen“, schreiben die Autoren. Recht haben sie.

Tipps zur Finanzierung von Computern bietet auch die Stiftung Partner für Schule NRW.²⁷ Zu den Sponsoren der Düsseldorfer Stiftung

zählen nicht nur Intel und Microsoft, sondern auch Apple, Fujitsu Siemens Computers, SuSE Linux oder IBM.

Wie die Stadt Unna ein Schulnetz aufbaute

Partner für Schule berichtet in einer Broschüre, wie es der Stadt Unna bei Dortmund gelang, ein gemeinsames Computernetz für ihre Schulen aufzubauen.²⁸ Alles begann im Jahr 2001. Die Schulverantwortlichen fragten: Wie lassen sich EDV-Wildwuchs und Geräte-Zoo an den 21 städtischen Schulen beseitigen? Wie schaffen wir es, die digitalen Medien auf einen zeitgemäßen Stand zu bringen? Beraten durch Experten der Stiftung, investierte Unna innerhalb von fünf Jahren drei Millionen Euro.

Heute steht in Unna ein einheitliches Schulnetz.²⁹ Schaltzentrale dieses Projekts Unit 21 ist ein Rechenzentrum, das Daten und Programme auf Abruf bereitstellt. Das Rechenzentrum sorgt zudem für den Zugang zum Internet und übernimmt die gesamte Computer-Administration. Jede Schule der Stadt verfügt über ein drahtloses Computernetz (WLAN, also *wireless local area network*). Damit klinkt sie sich ein in den virtuellen Bildungs-Campus. Was bringt das den Schulen? „Statt fest installierter PC-Labore“, heißt es in der Broschüre der Stiftung Partner für Schule, „schaffen drahtlos vernetzte Notebook-Klassen die Chance, dort zu lernen, wo Schüler und Lehrer dies wünschen“. Also im Klassenraum, auf dem Schulhof oder Zuhause.

Heute sind in Unna auch Schulhöfe und benachbarte Parks durch WLAN-Points ans Computernetz angeschlossen. Alle Schulen, auch die Grundschulen, besitzen jeweils zwei Notebook-Wagen. Finanziert von der Stadt, enthalten diese Wagen jeweils 17 Notebooks, Drucker und Beamer für den mobilen Betrieb. Je nach Bedarf werden die Wagen in die Klassen gerollt, jeder Schüler nimmt sich einen der tragbaren PCs – und los geht's mit dem digitalem Lernen und Arbeiten.

Eltern bezahlen Notebooks für ihre Kinder

Darüber hinaus, berichtet Schuldezernent Uwe Kornatz, gibt es derzeit an Unnas Schulen neun Notebook-Klassen. Hier entschieden die Eltern, für ihr Kind ein Notebook anzuschaffen. Die Unit-21-Notebooks kosten jeweils 1.000 Euro. Sie enthalten einen Prozessor von Intel, Software von Windows und werden zentral über die Wirtschaftsbetriebe der Stadt ausgeliefert. Wem die 1.000 Euro zu viel sind – kein Problem. Kredit gibt es bei der Sparkasse Unna. Sie hat ein „Unit-21-Finanzierungs-Paket“ im Angebot. Die Monatsrate liegt bei 24 Euro, bei einer Kreditlaufzeit von vier Jahren. Macht zusammen, inklusive Zinsen, 1.152 Euro pro Notebook. „Für alle Härtefälle gibt es einen Sozialfonds, der die Hälfte des Kaufpreises übernimmt“, berichtet die Stiftung Partner für Schule NRW. Doch der Sozialfonds wurde bislang kaum in Anspruch genommen, weiß Schuldezernent Uwe Kornatz. „Man kann die Fälle an zwei Händen abzählen.“ Viele Väter und Mütter akzeptieren die Investition in den tragbaren PC, berichtet Partner für Schule. „Wir müssen alle damit umgehen“, sagt Anke Vetter, Mutter von Florian (12). „So hat mein Sohn die Chance, es von Grund auf zu lernen.“

Auch Microsoft Deutschland hat sich so seine Gedanken gemacht zur flächendeckenden Ausstattung von Schulen mit Notebooks.³⁰ „Ein erhöhter Aufwand ist gerade in der Aufbauphase nicht auszuschließen“, heißt es, mit Blick auf die Lehrkräfte, in einem Leitfaden des Software-Riesen. Und, gerichtet an Mütter und Väter: „Je größer der finanzierte Anteil durch Dritte (private Wirtschaft) ist, desto stärker verringert sich der Anteil der Eltern an der Finanzierung.“ In diesem Zusammenhang, schreiben die Leute vom Microsoft-Unternehmensbereich Forschung & Lehre, sei auch zu klären, „welchen Anteil finanzschwache Familien (z.B. Hartz-IV-Empfänger) leisten können“.

Quellen

- 1 <http://aufbaukurs.intel-lehren.de/>
- 2 http://www.intel.com/cd/corporate/education/EMEA/DEU/elem_sec/teach/154589.htm
- 3 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31.3.2005:
<http://www.faz.net/s/RubEC1ACFE1EE274C81BCD3621EF555C83C/Doc~E233879C3CC05451C8DBBEBA791583A24~ATpl~Ecommon~Scontent.html>
- 4 siehe Fußnote 3
- 5 siehe „Innovation durch Partnerschaft“, Dokumentation einer Tagung am 27. Mai 2004 in Neuss, S. 151f, herausgegeben von der Stiftung Partner für Schule NRW, Düsseldorf
- 6 Intel-Faltblatt aus dem Jahr 2006, verteilt auf der Bildungsmesse Didacta 2006 in Hannover
- 7 http://www.intel.com/cd/corporate/education/emea/deu/elem_sec/teach/index.htm
- 8 <http://www.intel.com/cd/corporate/education/emea/deu/261962.htm?print&nocc>
- 9 siehe Broschüre „Neues Lernen mit neuen Medien. WissensWert – Das Bildungsnetzwerk von Microsoft Deutschland und Partnern“, Microsoft Deutschland GmbH
- 10 zitiert nach: „Neues Lernen mit neuen Medien. WissensWert – Das Bildungsnetzwerk von Microsoft Deutschland und Partnern“, Microsoft Deutschland GmbH, Vorwort
- 11 siehe Bericht über Bertelsmann in dieser Broschüre, Kapitel „Bertelsmann und seine Medien“
- 12 <http://www.microsoft.com/germany/wissenswert/freshstart.mspx>
- 13 http://www.microsoft.com/germany/wissenswert/mitteilung_15.mspx
- 14 www.innovative-teachers.de
- 15 www.schlaumaeuse.de
- 16 Thomas Hammer, Das surfende Klassenzimmer. Wie der amerikanische Software-Konzern Microsoft versucht, die Hoheit über die Schulcomputer zu erlangen, in: Die Zeit, 20.10.2005
- 17 siehe Fußnote 7

-
- 18 www.schulen-ans-netz.de
 - 19 Bildung im Wandel – Schulen ans Netz, Dokumentation Nr. 57 des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Berlin
 - 20 <http://www.dw-world.de/dw/article/0,2144,1763422,00.html>
 - 21 <http://focus.msn.de/wissen/schule/bildungsgipfel/>
 - 22 „Computer – Nachholbedarf an Schulen“, Bericht im Informationsdienst iwd, Nr.26 vom 29.6.2006, herausgegeben vom arbeitgebernahen Institut der deutschen Wirtschaft, Köln
 - 23 Are students ready for a technology-rich world? OECD-Briefing Notes für Deutschland, OECD.
 - 24 zitiert nach: Finanzierung von Informationstechnik an Schulen. Orientierungshilfen für Schul- und Sachaufwandsträger sowie Schulleitungen, herausgegeben von Schulen ans Netz e.V., Bonn, Dezember 2005, S. 11
 - 25 siehe Fußnote 24
 - 26 Zum Thema Sponsoring siehe auch: Privatisierungsreport: Vom Rückzug des Staates aus der Bildung. Hg. von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft / Max-Traeger-Stiftung. Februar 2006
 - 27 www.partnerfuerschule.nrw.de
 - 28 Vernetzte Schulen in der vernetzten Schulstadt. Machbarkeit- Finanzierung-Umsetzung, Stiftung Partner für Schule NRW, Düsseldorf, 2005
 - 29 http://www.unit21.de/main_start.php?site2display=ausgabe&bereich=6&textkopfID=9
 - 30 Einführung eines IT-gestützten Lernprojekts an Schulen. Leitfaden zur Umsetzung für Schulträger – Praxisbeispiel: Stadt Recklinghausen, Microsoft Deutschland GmbH

Die Themen *Privatisierung* und *Bildungsfinanzierung* auf den *GEW-Internetseiten*

Schule und Kindertagesstätten

Schwerpunkt der GEW-Zeitung „Erziehung und Wissenschaft“ zum Thema Selbstständige Schule:

http://www.gew.de/102006_Schwerpunkt_Selbststaendige_Schule.html

Informationen zur Lehrmittelfreiheit:

http://www.gew.de/Lehr-_und_Lernmittelfreiheit.html

Kurzinformation und Links zum Thema Schulsponsoring:

<http://www.abc-der-ganztagsschule.de/Sponsoring.html>

Informationen und Kommentare zum Thema Kita-Gebühren

<http://www.gew.de/Kita-Gebuehren.html> und

http://www.gew.de/Bildungsfinanzierung_5.html

Hochschule, Berufliche Bildung und Weiterbildung

Informationen und Kommentare zum Thema Studienfinanzierung und -gebühren:

http://www.gew.de/Studienfinanzierung_2.html, http://www.gew.de/Studiengebuehren_2.html und <http://www.gew.de/Studiengebuehren.html>

New Public Management in Hochschule und Forschung:

http://www.gew.de/New_Public_Management.html

Zur Privatisierung der Hamburger Berufsschulen:

<http://www.gew.de/Page1851.html>

Informationen und Stellungnahmen zur Finanzierung lebenslangen Lernens und der beruflichen Erstausbildung:

<http://www.gew.de/Page1868.html>

Bildungsbereichsübergreifend

Zahlreiche Materialien zur Bildungsfinanzierung:

http://www.gew.de/Bildungsfinanzierung_3.html

„Bildung ist keine Ware“. Beschluss des Erfurter Gewerkschaftstages 2005 zur Bildungsfinanzierung:

www.gew.de (unter Ihre Gewerkschaft / Gewerkschaftstag 2005 / Material)

Zum Nachweis der Unterfinanzierung des deutschen Bildungswesens siehe die erste Ausgabe von „Transparent – Wirtschaftspolitik & Bildungsfinanzierung, 1.06“:

http://www.gew.de/Transparent_Bildungsfinanzierung.html

Pressekonferenz "Bildungsfinanzierung: Zwischen PISA und leeren Kassen – woher soll das Geld für die Bildung kommen?" Materialien vom 14.5.2004 unter:

http://www.gew.de/GEW_verlangt_20_Milliarden_Euro_fuer_Bildung_2010.html

Gutachten, Informationen und Links zum Handelsabkommen GATS:

http://www.gew.de/GATS_3.html

Informationen zur EU-Dienstleistungsrichtlinie:

<http://www.gew.de/EU-Dienstleistungsrichtlinie.html> und

http://www.gew.de/022006_Bildungspolitik.html

Der kurze Weg zur GEW

GEW Baden-Württemberg

Silcherstraße 7
70176 Stuttgart
Telefon: 0711/21030-0
Telefax: 0711/21030-45
www.gew-bw.de
info@gew-bw.de

GEW Bayern

Schwanthalerstraße 64
80336 München
Telefon: 089/544081-0
Telefax: 089/5389487
www.bayern.gew.de
info@bayern.gew.de

GEW Berlin

Ahornstraße 5
10787 Berlin
Telefon: 030/219993-0
Telefax: 030/219993-50
www.gew-berlin.de
info@gew-berlin.de

GEW Brandenburg

Alleestraße 6a
14469 Potsdam
Telefon: 0331/27184-0
Telefax: 0331/27184-30
www.gew-brandenburg.de
info@gew-brandenburg.de

GEW Bremen

Löningstraße 35
28195 Bremen
Telefon: 0421/33764-0
Telefax: 0421/33764-30
www.gew-bremen.de
info@gew-hb.de

GEW Hamburg

Rothenbaumchaussee 15
20148 Hamburg
Telefon: 040/414633-0
Telefax: 040/440877
www.gew-hamburg.de
info@gew-hamburg.de

GEW Hessen

Zimmerweg 12
60325 Frankfurt am Main
Telefon: 069/971293-0
Telefax: 069/971293-93
www.gew-hessen.de
info@hessen.gew.de

GEW Mecklenburg- Vorpommern

Lübecker Straße 265a
19059 Schwerin
Telefon: 0385/4852711
Telefax: 0385/4852724
www.gew-mv.de
Landesverband@mvp.GEW.de

GEW Niedersachsen

Berliner Allee 16
30175 Hannover
Telefon: 0511/33804-0
Telefax: 0511/33804-46
www.GEW-NDS.de
email@gew-nds.de

GEW Nordrhein-Westfalen

Nünningstraße 11
45141 Essen
Telefon: 0201/294030-1
Telefax: 0201/29403-51
www.gew-nrw.de
info@gew-nrw.de

GEW Rheinland-Pfalz

Neubrunnenstraße 8
55116 Mainz
Telefon: 06131/28988-0
Telefax: 06131/28988-80
www.gew-rheinland-pfalz.de
gew@gew-rheinland-pfalz.de

GEW Saarland

Mainzer Straße 84
66121 Saarbrücken
Telefon: 0681/66830-0
Telefax: 0681/66830-17
www.gew-saarland.de
sekretariat@gew-saarland.de

GEW Sachsen

Nonnenstraße 58
04229 Leipzig
Telefon: 0341/4947404
Telefax: 0341/4947406
www.gew-sachsen.de
GEW-Sachsen@t-online.de

GEW Sachsen-Anhalt

Markgrafenstraße 6
39114 Magdeburg
Telefon: 0391/73554-0
Telefax: 0391/7313405
www.gew-lsa.de
lv@gew-lsa.de

GEW Schleswig-Holstein

Legienstraße 22–24
24103 Kiel
Telefon: 0431/554220
Telefax: 0431/554948
www.gew-sh.de
info@gew-sh.de

GEW Thüringen

Heinrich-Mann-Straße 22
99096 Erfurt
Telefon: 0361/59095-0
Telefax: 0361/59095-60
www.gew-thueringen.de
info@gew-thueringen.de

GEW-Hauptvorstand

Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main
Telefon: 069/78973-0
Telefax: 069/78973-201
www.gew.de
info@gew.de

GEW-Hauptvorstand

**Parlamentarisches
Verbindungsbüro Berlin**
Wallstraße 65
10179 Berlin
Telefon: 030/235014-0
Telefax: 030/235014-10
info@buero-berlin.gew.de

Die GEW im Internet:

www.gew.de

Beitrittserklärung

Frau/Herr

Vorname/Name

Straße/Nr.

Land (D für BRD), Postleitzahl/Ort

E-Mail-Adresse

Geburtsdatum

Nationalität

Telefon

bisher gewerkschaftlich organisiert bei

von

bis (Monat/Jahr)

Name/Ort der Bank

Kontonummer

BLZ

Berufsbezeichnung/-ziel

beschäftigt seit

Fachgruppe

Entgelt/Tarif/Besoldungsgruppe

Bruttoeinkommen monatlich

Betrieb/Dienststelle

Träger

Straße/Nr. des Betriebs/der Dienststelle

Postleitzahl/Ort

Beschäftigungsverhältnis

angestellt

beamtet

in Rente

pensioniert

Altersübergangsgeld

arbeitslos

Honorarkraft

beurlaubt ohne Bezüge

teilzeitbeschäftigt mit ___ Std./Woche

im Studium

Vorbereitungsdienst/Berufspraktikum

befristet bis

Sonstiges _____

Jedes Mitglied der GEW ist verpflichtet, den satzungsgemäßen Beitrag zu entrichten und seine Zahlungen daraufhin regelmäßig zu überprüfen. Mit meiner Unterschrift auf diesem Antrag ermächtige ich die GEW zugleich widerruflich, den von mir zu leistenden Mitgliedsbeitrag vierteljährlich von meinem Konto abzubuchen.

Ort, Datum

Unterschrift

Die uns von Ihnen angegebenen personenbezogenen Daten sind nur zur Erfüllung unserer satzungsgemäßen Aufgaben auf Datenträgern gespeichert und entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes geschützt. Bitte senden Sie den ausgefüllten Antrag an den für Sie zuständigen Landesverband oder an den:

GEW-Hauptvorstand
Postfach 90 04 09
60444 Frankfurt am Main

Vielen Dank! Ihre GEW



